

HAMBURG/DEN 3. MÄRZ 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052
VII. JAHRGANG

NR. 9

Staats- und Wirtschaftskalender

22. Februar

Der Reichstag beginnt die zweite Lesung des Haushaltsplanes für 1922. Der Reichskanzler erklärt, daß die Regierung nach Erledigung der oberschlesischen Angelegenheiten mit den Parteien in eine Besprechung über die Wahl des Reichspräsidenten eintreten wird.

Der Organisationsausschuß des Finanzkonsortiums für den Wiederaufbau Europas tritt in London unter Vorsitz von Lord Inverhot zusammen. Als Vertreter Deutschlands sind Geheimrat Bergmann und Kempner (nach einer demontierten Meldung auch Dr. Melchior) in London anwesend.

Havas meldet, daß in Kürze eine vertrauliche Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré in einer Stadt Nordfrankreichs stattfinden wird.

Die französische Regierung erklärt in einer der Botschafterkonferenz vorgelegten Denkschrift, daß eine militärische Überwachung Deutschlands nur noch im geringen Umfang, vor allem für die Luftschiffahrt, in Frage kommt. Die Kontrollkommission unter Nollet soll zur Abwicklung ihrer Arbeiten bestehen bleiben. Die Besetzung der drei Ruhrstädte soll nicht aufgehoben werden. — Dollar: 213 $\mathcal{M}$.

23. Februar

Die Dresdener Verhandlungen der internationalen Elbekommission finden nach Fertigstellung der Elbakte ihren Abschluß.

Die italienische Regierung teilt den zur Genueser Konferenz eingeladenen Staaten mit, daß wegen der italienischen Ministerkrise eine kurze Vertagung der für den 8. 3. vorgesehenen Konferenz notwendig geworden ist.

Die französische Kammer berät über die Reparationsleistungen, wobei der Finanzminister de Lasteyrie erklärt, Frankreich werde in eine schwierige Lage kommen, wenn Deutschland in der „Nichterfüllung seiner Verpflichtungen“ fortfahre.

Der Reichsverband der deutschen Industrie wendet sich gegen weitere Gütertariferhöhungen der Bahnen, da die Frachten bereits mehr als das Dreißigfache der Vorkriegssätze ausmachen, bei nahen Entfernungen bis zum Vierzigfachen und für Güter mit früheren Ausnahmetarifen bis zum Sechzig- und Achtzigfachen gestiegen sind. — Dollar: 215 $\mathcal{M}$.

24. Februar

Der Reichstag nimmt den fünften Nachfragetat für 1921 in zweiter und dritter Lesung an und vertagt sich auf den 2. 3.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages behandelt die Organisation der Sachleistungen, deren Abwicklung freier gestaltet und deren Umfang erweitert werden soll.

Vertreter der Regierung und der Regierungsparteien verhandeln erneut mit der Deutschen Volkspartei über die Durchführung des Steuerkompromisses.

De Facta übernimmt die Neubildung des italienischen Kabinetts. — Dollar: 219,25 $\mathcal{M}$.

25. Februar

In Frankfurt a. M. halten die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft („Internationale 2½“) eine vertrauliche „Internationale Sozialistenkonferenz“ ab.

Lloyd George und Poincaré haben in Boulogne eine Unterredung, worin Lloyd George für die Verhandlungen in Genua die Zusicherung gibt, daß der Wirkungsbereich des Völkerbundes, die Bestimmungen der Friedensverträge und die Reparationsansprüche Frankreichs nicht berührt werden sollen.

Die Konferenz in Genua wird am 10. 4. beginnen. Vorher finden Besprechungen von Sachverständigen in Berlin und vorbereitende Verhandlungen zwischen England, Frankreich, Belgien und Italien in Paris statt.

Die „Kleine Entente“ erweitert sich durch Beitritt Polens zur Quadrupelallianz. — Dollar: 222,75 $\mathcal{M}$.

27. Februar

Berliner Verhandlungen zwischen Reichsregierung und einem Ausschuß der Reparationskommission über Neuregelung des Sachleistungsverfahrens kommen zu einem vorläufigen Abschluß. In Zukunft soll ein direkter Verkehr zwischen ausländischen Bestellern und deutschen Lieferanten stattfinden, wobei die Regierungen nur bei Abrechnungen und Zahlungen eingreifen.

Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über die Gestaltung Großhamburgs beginnen in Berlin. — Dollar: 228,50 $\mathcal{M}$.

28. Februar

Nach Mitteilungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist eine interalliierte Überwachungskommission über den deutschen Außenhandel mit dem Sitz in Koblenz vorgesehen.

Die Besprechungen über Großhamburg werden zunächst vertagt.

Nach dem Abkommen von Cannes werden heute wieder 31 Mill. „Goldmark“ gezahlt.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Frankfurt findet ihr Ende nach Annahme einer Resolution, in der für Rüstungseinschränkung und Aufhebung der Okkupationen eingetreten wird.

Die Londoner Wiederaufbaubesprechungen ergeben die Aufforderung zur Gründung weiterer nationaler Korporationen, die, in der zentralen Internationalen Korporation zu London zusammengefaßt, für den Wiederaufbau der internationalen Wirtschaft und die Finanzierung deutscher Unternehmen tätig sein sollen, ohne jedoch Monopolstellungen anzustreben. — Dollar: 227,50 $\mathcal{M}$.

Am 1. 3. tritt eine neue Preiserhöhung für Kohlen ein, die je Tonne Fettkörerkohle in Rheinland-Westfalen 106 $\mathcal{M}$ (einschließlich der Kohlensteuer: 133,55 $\mathcal{M}$) ausmacht. Aus dieser Preiserhöhung wird die neue Lohnsteigerung (19 $\mathcal{M}$ je Mann und Schicht) gedeckt und werden die Erhöhungen der Abschreibungsquoten und die Verdoppelung der Zuschläge für Bergarbeiterwohnungen (Neubauten) bestritten.

Gleichzeitig erhöht der Eisenwirtschaftsbund seine Verkaufspreise je Tonne Roheisen um 765 $\mathcal{M}$. Neue Erhöhungen der Stahlpreise stehen bevor. Bei den Verhandlungen über diese hat der Stahlbund beschlossen, daß in Zukunft nur noch die Preise des Liefertermins maßgebend sein sollen.

Die Arbeitsstundenrechnung Walther Rathenaus

Die verhältnismäßig geringe Zahl der Erwerbslosen, die in Deutschland gezählt werden, hat im Ausland vielfach Erstaunen erweckt und ist uns oft als eine Tatsache, die auf eine blühende deutsche Volkswirtschaft hindeutet, entgegen gehalten worden. Am 1. 1. 22 wurden 164 322 Vollerwerbslose (sog. Hauptunterstützungsempfänger) gezählt, das sind Personen, die gemäß der Verordnung vom 26. 1. 20 betr. Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden. Man hat oft darauf hingewiesen, daß neben diesen auf Grund der Verordnung unterstützten Vollerwerbslosen noch zahlreiche Personen vorhanden sind, die von bestimmten Gesichtspunkten aus gleichfalls als arbeitslos betrachtet werden können; Personen, deren Unterstützung abgelaufen ist, oder Personen, die überhaupt nicht unter die Verordnung fallen: etwa zahlreiche Angehörige des sogenannten Mittelstandes, kleine Rentner usw., die Arbeit suchen. Die jeweils im „Reichs-Arbeitsblatt“ mitgeteilten Stichtagsergebnisse, die bei den wichtigeren Arbeitsnachweisen ermittelt werden, geben nur wenig Hinweise auf die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen; man wird ihre Zahl aber mindestens doppelt, vielleicht auch dreimal so hoch einschätzen müssen als die erwähnte Zahl der Vollerwerbslosen. Dennoch bleibt die Gesamtzahl der Arbeitslosen auch in einem weiteren Begriff verhältnismäßig niedrig gegenüber der Arbeitslosenzahl der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands. Woher diese merkwürdige Erscheinung? Es müßten „eigentlich“ viel mehr Arbeitslose in Deutschland vorhanden sein. So macht z. B. ein Kommunist, Dr. E. Pawlowski, in einem jüngst erschienenen, nach mancher Richtung hin bemerkenswerten Buch über den „Bankrott Deutschlands“ eine allerdings recht rohe Rechnung auf, nach der „in Deutschland eigentlich beläufig 6 Mill. Arbeiter arbeitslos“ sein müssen. Er nimmt für die Gegenwart in Deutschland 1 Mill. Vollarbeitslose an; wo bleiben, fragt er, die restlichen 5 Mill. Arbeiter?

Eine durchaus ähnliche Frage suchte Rathenau neben zahlreichen anderen Problemen in seiner Rede, die er am 12. 1. d. J. in Cannes als Führer der deutschen Delegation in der Sitzung des Obersten Rates hielt, zu beantworten. Er führte hier den Begriff der unsichtbaren Arbeitslosigkeit ein, die nach seiner Auffassung darin besteht, daß heute in Deutschland 4 Mill. Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war. Er benutzt, um seine These zu beweisen, eine von ihm schon oft verwendete Größe, die Arbeitsstunde, und macht im einzelnen folgende Rechnung auf:

1. „Die Einkünfte aus Kapitalanlagen im Ausland wurden früher bezahlt in Waren, die somit einen fortlaufenden Tribut an Gütern bedeuteten, der in breitem Strom uns zufließ. Schon um diese Güter, vor allem Rohstoffe, zu erhalten, die wir früher als laufenden Ertrag erhielten, müssen wir jetzt arbeiten und Arbeitsstunden aufwenden. Dieser Arbeitsstundenaufwand läßt sich auf 3,75 Milliarden jährlich schätzen.
2. Aus dem Verlust an Gebieten ergibt sich ein Verlust an Ersparnissen, der sich in einem Mehraufwand von 1 Milliarde Arbeitsstunden ausdrückt.
3. Man schätzt die Tatsache, daß für die Rohstoffe, die wir einst in unseren Grenzen hatten, und die wir jetzt mit der Ausfuhr oder mit Arbeit bezahlen müssen, und den dadurch herbeigeführten Aufwand von Arbeitsstunden auf 0,83 Milliarden.
4. Aus der ungünstigeren landwirtschaftlichen Flächengestaltung und der Verschlechterung des Düngemittelbezugs ergibt sich ein weiterer Mehraufwand von 1,82 Milliarden Arbeitsstunden.
5. Der Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen (Schifffahrt, Außenhandel und Auslandbankverkehr) dürfte 1,66 Milliarden Arbeitsstunden betragen.“

Der gesamte Mehraufwand an Arbeitsstunden, wie er durch die gegebenen Verhältnisse erfordert wird, beträgt nach Rathenau „9 bis 9,28 Milliarden“. (Addiert man die verhältnismäßig detailliert angegebenen Arbeitsstunden, so ergeben sich 9,03 Milliarden.)

Bisher sind also fünf Fehlmengen, deren Werte bisher nach mehr oder weniger genauen Verfahren in Papier- oder Goldmarkmilliarden geschätzt worden sind, von Rathenau nach einem neuen Verfahren in Arbeitsstunden umgerechnet worden. Nun folgt die letzte entscheidende Rechenoperation Rathenaus: der für diese Fehlmengen zu leistende Mehraufwand an Arbeitsstunden in Höhe von 9 bis 9,28 Milliarden wird in 4 Mill. Menschen umgerechnet:

„Wenn ich von einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Mill. ausgehe und auf den Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahr rechne, so beträgt der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Hiervon sind mehr als neun also für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufzuwenden brauchten, d. h. fast ein Fünftel der gesamten Arbeitsstunden. Wenn ich diese Summen mit der Zahl der männlichen arbeitenden Bevölkerung in Beziehung setze, so ergibt sich bei uns eine versteckte Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Mill. Menschen, d. h. 4 Mill. Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. Wenn also bei anderen Nationen eine Arbeitslosigkeit erscheint, die bei uns nicht sichtbar ist, so möchte ich im Gegensatz dazu von einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit sprechen, die darin besteht, daß 4 Mill. Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war, und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. Und zwar dies vor irgendeiner Zahlung von Wiederherstellungen.“

Rathenau bevorzugt bereits seit geraumer Zeit die Rechnung oder besser Umrechnung von Goldmark in Arbeitsstunden. Er widmete beispielsweise den „Arbeitsstunden“ vor etwa einem Jahr im „Berliner Tageblatt“ (9. 2. 21) eine besondere Betrachtung. Da die oben — auf Grund des vom Wolffschen Telegraphenbureau veröffentlichten Auszuges — mitgeteilten Ausführungen über die Arbeitsstunden recht fragmentarisch gehalten sind, soll diese vorjährige Betrachtung hier mit verwertet werden. Er knüpft dort an den Gedanken an, daß alles, was wir an Kriegsentschädigung leisten, erarbeitet werden muß; es sei denn, daß wir unsere Arbeitsmittel, Grund und Boden, Bauten und Einrichtungen hingeben. Dann bliebe uns zwar nichts, aber unsere Gläubiger hätten keine Werte. „Werte werden diese Dinger nur durch Arbeit. Alles, was wir zahlen, sind in letzter Linie Güter. Güter sind Arbeit. Rechnungseinheit für die Grundprobleme der Weltwirtschaft wird künftig die Arbeitsstunde sein. Die Arbeitsleistung eines Tieres, eines Menschen, eines Volkes ist begrenzt. Sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunden.“ Rathenau stellt im folgenden eine, wie er sagt, einfache Rechnung auf, die unsere Arbeitsleistung ans Licht stellt. „Fünfzehn Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Mehr kann ein Land von sechzig Millionen nicht aufbringen, denn mit ihren Angehörigen machen sie fast fünf Sechstel der Bevölkerung aus. Das Jahr hat dreihundert Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung acht Arbeitsstunden. Das ergibt für jeden Mann 2400 Arbeitsstunden im Jahr und für 15 Millionen Arbeitende insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach heutigem Stande der Technik, der in Deutschland mindestens so hoch ist wie in der übrigen Welt, kann man mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde

rechnen. Das bedeutet eine gesamte Werterzeugung des Landes von 18 Milliarden. Vor dem Kriege war die Wertschaffung größer. Da verfügten wir über die Einkünfte unserer Auslandsguthaben und Auslandsanlagen, über den Ertrag einer gewaltigen Handelsflotte und die Ausbeute mächtiger Eisenerzlager, über die Erzeugnisse von Elsaß-Lothringen, Westpreußen und Posen. Nicht davon zu reden, daß das Wirtschafts- und Verkehrssystem im besten Stande und der Boden nicht durch Raubbau geschmälert war. Damals lebte das Volk in mäßigem, aber wachsendem Wohlstande und verbrauchte für seine Lebensführung jährlich an Werten etwa 24 Milliarden.“

Aus diesen Ausführungen geht zunächst hervor, daß Rathenau für die Grundprobleme der Weltwirtschaft eine neue Rechnungseinheit einführen will, nämlich die Arbeitsstunde, in der eine reine Wertschöpfung von einer halben Goldmark vor sich gehen soll. In der Arbeitsstundenrechnung von Cannes ist, wie ohne weiteres zu erkennen ist, Rechnungseinheit natürlich nicht die Arbeitsstunde, sondern die Goldmark, die dann nach einem bestimmten Satz in Arbeitsstunden umgerechnet wird. Es ist im übrigen nicht ganz klar, welcher Umrechnungssatz bei den Canneser Ausführungen zugrunde gelegt wurde. Den Arbeitsstundenaufwand für die uns entgangenen Einkünfte aus Kapitalanlagen beziffert Rathenau auf 3,75 Milliarden jährlich. Die „Erträge aus den Auslandsinvestitionen“ schätzt er in dem hier nicht mitgeteilten Eingang seiner Rede auf 1,5 Milliarden Goldmark. Darnach entspräche nicht eine halbe, sondern 0,40 Goldmark einer Arbeitsstunde. Unter Verwendung dieses Umrechnungssatzes beläuft sich Posten (in Milliarden Goldmark):

1. Verlust an Einkünften aus Kapitalanlagen im Ausland	auf 1,5
2. Verlust an Ersparnissen infolge des Verlustes an Gebieten	„ 0,4
3. Verlust an Rohstoffen	„ 0,332
4. Verlust infolge ungünstiger landwirtschaftlicher Flächengestaltung und Verschlechterung des Düngemittelbezuges	„ 0,728
5. Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen	„ 0,664
Zusammen auf 3,624	

Es ist natürlich nicht mit Sicherheit zu sagen, ob nicht doch eine halbe Goldmark einer Arbeitsstunde gleichgesetzt ist oder ob von Posten zu Posten jeweils ein anderer Satz benutzt worden ist. In jedem Fall: Rechnungseinheit bleibt die Goldmark; Rathenau operiert in jedem Fall mit Preisvorstellungen. In durchaus ähnlicher Weise werden die heute wieder geübten Schätzungen des Volksvermögens — nach der sogenannten objektiven Realmethode — auf Grund der Verkehrswerte, der Preise, in Goldmark durchgeführt (trotz des Widerspruchs von Ricardo im 20. Kapitel seiner Prinzipien).¹⁾

Die These Rathenaus, man könne nach dem heutigen

¹⁾ Man könnte bei der Rathenauschen Arbeitsstunde an Marx denken: als „Werte“ sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit. Also der „Wert“ der Waren wird durch die Menge der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit bestimmt. Marx denkt dabei nicht an diejenige Zeit, die tatsächlich zur Herstellung der Waren notwendig ist, sondern an die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, das ist diejenige Größe, die notwendig ist, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und den Durchschnittsgrad von Geschicklichkeit und Intensität der Arbeit darzustellen. Aber sofort tauchen die alten Probleme vom Wesen des Marxschen Werts auf: ist er nur ein Idealwert, eine Hilfskonstruktion für das wissenschaftliche Denken? In welcher Beziehung steht er zum Preis? Nach Marx fällt der Preis einer Ware mit ihrem Wert zusammen, wenn die organische Zusammensetzung (das gegenseitige Verhältnis des konstanten und variablen Kapitalteils) des zur Herstellung der Waren dienenden Kapitals der mittleren organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entspricht. Diese Deduktion sowie die andere, daß die positiven Abweichungen der Preise von den Werten sich mit den negativen decken oder daß der Gesamtwert mit dem Gesamtpreis übereinstimmt, sind bekanntlich stark umstritten. In jedem Fall war für Marx der Wert nur eine theoretisch meßbare Größe, die ihm für seine theoretischen Darlegungen von Nutzen war. Niemals ist er daran gegangen, tatsächliche Beziehungen zwischen dem Wert und Preis einer Ware aus den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsstunden aufzuzeigen.

Stande der Technik mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark (oder vielleicht 0,40 Goldmark) in einer Arbeitsstunde rechnen, ist unbewiesen, ist überhaupt nicht zu beweisen. Er könnte ebenso mit einer „reinen Wertschöpfung“ von 0,60, 0,70, 0,80, 0,90 Goldmark usw. in einer Arbeitsstunde rechnen und würde dann eine wesentlich andere Gesamtarbeitsstundenzahl erhalten. Wollte Rathenau lediglich an Stelle der in Goldmark ausgedrückten Verluste, welche die deutsche Volkswirtschaft getroffen haben, eine andere besser vorstellbare Größe setzen, so wäre allerdings der Streit um die genaue Bestimmung des Umrechnungssatzes ziemlich gleichgültig. Man könnte dann auch daran gehen, etwa die zur „reinen Wertschöpfung“ einer Goldmark notwendige Kalorienmenge zugrunde zu legen und darnach die einzelnen Posten umrechnen. Rathenau geht aber — und das ist entscheidend — weiter: er betrachtet die Arbeitsstundenzahl nicht nur als eine Hilfskonstruktion, die eine bessere Vorstellbarkeit ermöglichen soll, sondern auch als eine reale Größe: er rechnet die 9 Milliarden Arbeitsstunden in 4 Mill. Menschen um, die heute Arbeit leisten müssen, welche früher nicht notwendig war. Setzt man, was man ohne weiteres kann, für eine Arbeitsstunde einen höheren „Wert“ als 0,40 oder 0,50 Goldmark ein, so verringert sich naturgemäß stark die Zahl der so errechneten unsichtbaren Arbeitslosen. Mit anderen Worten: ich halte die Errechnung der 4 Mill. unsichtbarer Arbeitslosen aus methodischen Gesichtspunkten für willkürlich. Wenn im übrigen Rathenau heute mit einer „arbeitenden Bevölkerung von 21 Mill.“, die jährlich 50 Milliarden Arbeitsstunden leistet, rechnet (im Gegensatz zu seiner merkwürdigen Angabe von 15 Mill. landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiter, die — was noch merkwürdiger ist — mit ihren Angehörigen fast fünf Sechstel der Bevölkerung ausmachen sollen, mit jährlich 36 Milliarden Arbeitsstunden Anfang 1920), so umfaßt diese Zahl (vgl. die Schätzung in „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1, Seite 46) die in Landwirtschaft, Industrie und Handel tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit anderen Worten: die 7 Mill. Selbständigen und Angestellten in Landwirtschaft, Industrie und Handel kommen für die Arbeitsstundenrechnung nicht in Betracht. Bei dieser Berechnung und Vorstellungsweise wird Wesen und Begriff der Arbeitsstunde immer verschwommener. Liefern Bauern und Handwerker keine Arbeitsstunden?

Zu den oben aufgeführten Posten der Arbeitsstundenrechnung wäre im einzelnen viel zu sagen. Einige Bemerkungen seien hier beigelegt. Zweifellos hat die deutsche Volkswirtschaft bedeutungsvolle Mengen landwirtschaftlicher und industrieller Rohstoffe verloren, die sie sich jetzt mit Ausfuhr wieder erwerben muß. Daneben hat sie aber auch Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse verloren (ich denke vor allem an Oberschlesien und Elsaß-Lothringen), die früher zu einem guten Teil die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem deutschen Binnenland bezogen. Es ist ferner eine Tatsache, daß aus den abgetretenen hervorragend landwirtschaftlichen Gebieten Posen und Westpreußens landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht mehr nach Deutschland kommen; Polen hält sie bekanntlich fest. Deutschland muß sich diese Erzeugnisse zu einem Teil (auf den ungeheuren Rückgang der Lebenshaltung in Deutschland komme ich noch) zu ungünstigen Bedingungen durch Einfuhr verschaffen. Auf der anderen Seite gehen — bei der bestehenden Absperrung — auch keine Industrieerzeugnisse, Düngemittel usw. mehr nach Posen und Westpreußen; sie werden frei für andere Gebiete. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß diese „Umstellung“ nicht so glatt wie auf dem Papier vor sich geht; ganz läßt sich aber diese „Ersparung“

nicht ausschalten. Rathenau deutet weiter an, daß die Einkünfte aus unseren Kapitalanlagen im Ausland — jährliche Einkünfte, die er mit anderen auf 1,5 Milliarden Goldmark beziffert — früher bezahlt worden sind in Waren, die in breitem Strom uns zufließen und uns die relativ günstige vorkriegsmäßige Lebenshaltung gewährleisten. Rathenau argumentiert nun offensichtlich: um diesen Einnahmeposten zu halten, müssen jetzt jährlich 3,75 Milliarden Arbeitsstunden aufgewendet werden. Es wurde aber doch im Frieden ein gut Teil, insbesondere der Einkünfte aus Kapitalanlagen im Ausland, wieder im Ausland angelegt; dauernd stieg ja die Summe unserer Kapitalanlagen im Ausland. Vor dem Krieg wurde der Gesamtbetrag der im Ausland arbeitenden deutschen Kapitalien ohne Effekten auf etwa 25 Milliarden, mit Effekten auf mindestens 35 Milliarden Goldmark beziffert. Die genannten Einkünfte trugen in der Tat mit dazu bei, einem großen Teil der Bevölkerung eine reichliche Lebenshaltung zu verschaffen; sie führten zu einer Einfuhr an animalischen und tierischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, an Halb- und Fertigfabrikaten, letzten Endes für die Lebenshaltung. Jetzt fehlen die Einkünfte, dafür fehlen aber auch unsere jährlichen Neuanlagen im Ausland, vor allem hat sich die verhältnismäßig günstige Lebenshaltung unseres Volkes, die mit auf dem Aktivposten unserer Zahlungsbilanz beruhte, wesentlich verschlechtert. Die allgemeine starke Senkung der Lebenshaltung, die in diesem Ausmaß nur das deutsche Volk getroffen hat, ist eine der wesentlichsten Kriegsfolgen. Sie wird dauernd mit guten Gründen und Zahlen von der Statistik (ich denke etwa an die Darlegung des starken Rückgangs des Fleischverbrauchs auf Grund der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik) überzeugend nachgewiesen. (Die Lebenshaltung der neuen Reichen ist kein Gegenargument; sie erscheinen, worauf Kuczynski mit Recht hinweist, zahlreicher als sie tatsächlich sind, weil man sie überall trifft und weil sie durch ihre Allüren sofort zu erkennen sind.)

Rathenau hat diese Tatsache der außerordentlich gesunkenen Lebenshaltung in seiner Rede nicht berührt; sie hätte gezeigt, daß seine Arbeitsstundenrechnung an einer wichtigen Stelle ein Loch hat. Ich komme also — immer in der Vorstellungsweise der Arbeitsstundenrechnung — zu dem Ergebnis, daß die von Rathenau angeführten Ursachen nicht einen Mehraufwand an Arbeitsstunden in dem von Rathenau angedeuteten Umfang bedingen. Auf der anderen Seite ist allerdings seit Ablauf des Krieges eine neue von Rathenau gar nicht berührte Ursache hinzugetreten, welche die „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ zu einem großen Teil erklärt.

Diese große Fehlerquelle der Rathenau'schen Arbeitsstundenrechnung ist mir in der letzten Zeit durch Untersuchungen sozialistischer (ich denke vor allem an Hugo Lindemanns Aufsatz über „die Mitwirkung der Arbeiterklasse beim Wiederaufbau“ in den „Sozialistischen Monatsheften“, 1. und 2. Heft 1922) und kommunistischer Schriftsteller wieder besonders klar geworden. Der bereits erwähnte Kommunist Dr. Pawlowski sucht 5 Mill. unsichtbare Arbeitslose (Rathenau 4 Mill.). „Wo sind sie? Sie sind in den Betrieben. Ihre Arbeit — zum Teil Kurzarbeit — ist in der Produktion, in der verringerten Produktion mit enthalten. Die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft Deutschlands ist eben sehr stark zurückgegangen.“

Die Ursachen des außerordentlich starken Rückganges der Arbeitsleistung der deutschen Arbeiterschaft sind nach Pawlowski:

1. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse durch die Entbehrungen des Krieges und der Nachkriegszeit, durch Unterernährung und Krankheiten.
2. Die Revolutionierung der Arbeiterklasse, welche sich in fortwährenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zeigt: das deutsche Proletariat hat keine Neigung, durch hohe Arbeitsleistung den Wiederaufbau des Kapitalismus zu fördern.
3. Die mindere Güte des ganzen sachlichen Produktionsapparates, mit welchem die Produktion gegenwärtig in Deutschland arbeitet.

Pawlowski macht mit Recht die durch die Blockade während des Krieges hervorgerufene dauernde Schwächung und Entkräftung der Arbeiterschaft auch heute noch für die Minderleistungen mit verantwortlich. Diese Schwächung hätte vielleicht in ihren Wirkungen zu einem großen Teil (niemals ganz) verringert werden können, wenn nach dem Krieg die Lebenshaltung wieder den vorkriegsmäßigen Stand erreicht hätte. Statt dessen sank sie weiter. Auf Grund eingehender Untersuchungen über Löhne und Lebenshaltung großstädtischer Arbeiter, die ich gelegentlich veröffentlichen werde, glaube ich als Endergebnis aussprechen zu dürfen, daß die Lebenshaltung der ungelerten Arbeiter, die sich vor dem Krieg — soweit es sich um verheiratete Arbeiter handelt — in der Nähe des (etwa von Kuczynski aufgestellten, durchaus mäßig gefaßten) Existenzminimums hielt, heute noch etwas niedriger liegt. Die Lebenshaltung der verheirateten gelernten Arbeiter, die sich vor dem Krieg über dem Existenzminimum hielt, ist demgegenüber heute verhältnismäßig wesentlich stärker als bei den Ungelernten gesunken. Das Ergebnis (schwache Senkung der Lebenshaltung der verheirateten Ungelernten, starke Senkung der Lebenshaltung der verheirateten Gelernten) ist das gleiche, wenn man statt des Kuczynskischen ein anderes Existenzminimum einsetzt.

Hingegen fehlt mir ein genügend großer Überblick, um die Bedeutung des von Pawlowski an dritter Stelle behandelten Grundes zur Minderleistung, die Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates, würdigen zu können. Daß er, der den Bankrott Deutschlands nach allen Richtungen zeigen will, diesen Umstand besonders hervorhebt, ohne ihn im übrigen ausreichend zu belegen, ist klar. Beim Verkehrsgewerbe, also bei der Eisenbahn, Straßenbahn usw., ist diese Verschlechterung im allgemeinen offenbar und insbesondere vom Reichsverkehrsministerium immer wieder in den Vordergrund gestellt worden. Ob aber nicht in zahlreichen Gewerbebezügen, vor allem in der Eisenindustrie, in der chemischen, in der elektrotechnischen Industrie, mit Hilfe der Kriegsgewinne eine recht gute Apparatur geschaffen worden ist, scheint mir noch der Untersuchung zu bedürfen.

Von unendlicher Bedeutung ist nun aber der zweite Grund für den Rückgang der Arbeitsleistung, den Pawlowski anführt, die Revolutionierung der Arbeiterklasse. „Das deutsche Proletariat hat keine Neigung, durch hohe Arbeitsleistung den Wiederaufbau des Kapitalismus zu fördern.“ Und einige Sätze weiter: „Nun ist es sicher, daß die deutsche Arbeiterschaft die Last des Kapitalismus nicht weiter tragen will, daß sie rebelliert, daß sie den Glauben an die Festigkeit und Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verloren hat. Dies ist die gesellschaftliche Grundlage des subjektiven Faktors im Rückgang der Arbeitsleistung und eine der tiefsten Ursachen der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland.“

Während die früheren Ausführungen dahin gingen: der Arbeiter kann nicht mehr so viel arbeiten wie vor dem Krieg, gehen die letzten Darlegungen dahin: der Arbeiter will nicht mehr so viel arbeiten wie früher. Man kann gegen die Sätze

Pawlowkis einwenden, daß sich die Abneigung der Arbeiterschaft gegen Mehrleistungen, die dem Haß gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung entsprungen ist, doch nur bei der radikalen Arbeiterschaft findet. Man kann meines Erachtens mit Recht dagegen einwenden, daß diese Abneigung tiefere Gründe hat, daß sie auch noch vorhanden wäre, wenn an Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine sozialistische oder kommunistische getreten wäre (vgl. etwa die kurzen Ausführungen von Troeltsch in den Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 73, Seite 83 ff, denen ich mich in vielen Punkten anschließe). Der gesunkene Arbeitswille erscheint mir keine vorübergehende Kriegspsychose, sondern etwas Dauerndes zu sein; in jedem Fall eine Tatsache, mit der der Staatsmann zu rechnen hat.

Wenn ich zu zeigen versuchte, daß die Arbeitsstundenrechnung ein wenig geeignetes Mittel ist, um die zur Erörterung stehenden Komplexe volkswirtschaftlicher Erscheinungen durchsichtiger zu machen, wenn ich ferner darzulegen versuchte, daß die Arbeitsstundenrechnung bei einer anderen Einstellung entscheidende Lücken aufweist, so ist damit das Hauptproblem, die Unmöglichkeit der Erfüllung der derzeitigen Reparationsforderungen, selbstverständlich unberührt geblieben. Ich glaube sogar, daß von der hier aufgezeigten Einstellung aus die Einsichtslosigkeit der derzeitigen Forderungen und die Aussichtslosigkeit der Erfüllung noch handgreiflicher wird.

Dr. Rudolf Meervarth

Die indische Revolution (Schluß)

Revolution? - Aussichten einer friedlichen und einer kämpfenden Revolution - Wirtschaftliche und politische Machteinbuße Englands - Indische Republik und Bolschewismus - Reformen: Abrüstung, Verhütung der Hungersnöte - Das Dominion of East India - Interesse Deutschlands und der Welt an der Entwicklung in Indien

Wenn wir nach alledem die Frage aufwerfen, ob wir von einer Revolution in Indien sprechen dürfen, so kann nicht außer Betracht bleiben, daß die asiatische Mentalität andere geschichtliche Erscheinungsformen schafft, als die europäische. Wenn unsere Staatsrechtslehre und Geschichtsschreibung unter Revolution die Umgestaltung einer bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung auf widerrechtlichem, gewaltsamem Wege versteht, so setzte die Gandhische Revolution die Passivität an Stelle der Handlung und sucht die Staatsverfassung durch Verneinung, durch Nichtmitwirkung zu stürzen, die nicht gewaltsam, ja nicht einmal widerrechtlich ist, aber schließlich doch auf Lähmung und Tötung des geltenden Staatsrechts hinauskommt. Vielleicht kann man den Gandhismus, die „Nichtmitwirkung“ mit demselben Rechte die asiatische Form der Revolution nennen, wie man in dem Bolschewismus die asiatische Form des Sozialismus erblickt. Dem formellen Recht nach können selbst Steuerverweigerer nicht bestraft werden. Denn der Staat hat kein Recht sie zum Zahlen zu zwingen; wohl kann er sie auspfänden. Solange sie sich das gefallen lassen, bleiben sie innerhalb des Gesetzes. Aber es ist klar, daß der Staat physisch nicht in der Lage ist, bei seinen sämtlichen Steuerzahlern sich auf dem Wege der Zwangsvollstreckung bezahlt zu machen. Die Waffe des Gandhismus ist der staatsrechtliche Generalstreik: von dem Gericht, der Verwaltung, den Schulen usw. wird kein Gebrauch gemacht — dies die passive Seite —, und man weigert sich als Richter, Soldat oder Polizist in den Staatsdienst zu treten oder in ihm zu verbleiben — dies die aktive Seite —. Es ist klar, daß, wenn dieser staatsrechtliche Generalstreik durchgeführt werden kann, das staatliche Leben stillstehen muß. Es fragt sich, ob das erreichbar ist und was die Folgen sein würden.

Die indischen Massen sind angepaßt an ein entbehrungsreiches, anspruchsloses Dasein. Deshalb werden schon wirtschaftliche Streiks ohne vorbereitende Ansammlung von Streikfonds auf längere Dauer, als in Europa gewöhnlich, unschwer durchgeführt. Die Inder sind seit Jahrtausenden gewohnt, geleitet zu werden und sich unterzuordnen. Beides erinnert an den russischen Bauern. An ihm haben wir erlebt, wie blitzschnell eine Handvoll zielbewußter Intelligenzen blinden Gehorsam findet. Wenn dort 600 000 Kommunisten 80 Millionen zu dem hellsten Wahnsinn der Weltgeschichte zwingen

konnten, werden ebensoviel zielbewußte „Gandhisoldaten“ in der Lage sein, den „bürgerlichen Ungehorsam“ von 315 Mill. zu organisieren und durchzuführen. Vielleicht mehr als das. Doch davon später.

Die Gegensätze, auf denen das Gleichgewicht Indiens beruhte, scheinen ausgeglichen. Wir sehen, daß Hindu und Mohammedaner zusammen marschieren und daß die Buddhisten Miene machen, sich ihnen anzugliedern. Der Kastengegensatz scheint auch nicht mehr zu trennen. Mag Earl Reading recht haben, daß der Abstand, der den höchsten britischen Beamten von dem niedrigsten seiner Diener scheidet, gering ist, im Vergleich zu der Kluft, die zwischen einem „unberührbaren“ Paria und einem „zweimalgeborenen“ Brahminen gähnt: Die Väter der Swadeshibewegung und der Bewegung, die zum Urbrahmanismus zurückkehren will, Tilak, der Vorläufer und Mitkämpfer Gandhis, waren Brahminen, aber die Anführer, die in den Industriestädten, mit Streiks und Gewalttaten für dieselbe Sache tätig sind, gehören gewiß den untersten Kasten an oder sind kastenlos. Auch die Intelligentsia — die Adepten der westlichen Zivilisation — stehen in keinem Gegensatz zu den Brahminen mehr, und der Besitz, der vielleicht vor der Bolschewisierung Indiens, die vom Hindukusch herüber wetterleuchtet, zittert, ist mit Intelligentsia, Brahminismus und Kalifatsbewegung zu eng verschwägert, als daß er sich mit vollem Herzen und ganzer Tatkraft neben die Regierung stellen könnte. Die Fürsten freilich, die immer noch ein Drittel Indiens und ein Fünftel seiner Bevölkerung ziemlich unumschränkt beherrschen, stehen ganz zum Vizekönig, und ein so bedeutender Kolonialstaatsmann wie Sir Frederick Lugard sieht die Lösung des indischen Problems nur noch in einer Aufteilung des Gesamtlandes unter die Fürsten, die übrigens sich schon über die Gebiete, die sie im Falle des von ihnen vorausgesehenen „Chaos“ besetzen würden, verständigt haben sollen.¹⁾

Angenommen, es gelänge Gandhi, den vollen Stillstand der Staatsmaschine und der wirtschaftlichen Beziehungen zu England herbeizuführen, so müßte England mit Gewalt vorgehen oder unterhandeln.

Daß die britische Macht — 70 000 Europäer und 254 000 Eingeborene, dazu 13 000 Mann der Schutzstaaten — der Zahl nach ausreichen würde, die zweifellos so gut wie unbewaffneten

¹⁾ „Times“ v. 31. 1. 22.

Haufen zu besiegen, die ein kämpfendes Indien stellen könnte, ist keine Frage, solange die eingeborenen Truppen nicht zu den Revolutionären übergehen. Sollte dieser Fall eintreten, dann dürfte nach den Erfahrungen und dem Selbstbewußtsein, das 700 000 Indier im Kampfe gegen europäische Heere gewonnen haben, die Niederlage Englands sicher sein. Aber selbst, wenn die Regimenter nicht übergehen, wird man sie nicht mit rücksichtslosem Vertrauen einsetzen können. Das Wichtigste aber ist, daß die Verkehrsmittel versagen würden und daß Nachrichten nur durch Flugzeuge, Truppenteile und Heeresgüter überhaupt kaum befördert werden könnten. Denn das Personal in Telegraphie und Eisenbahn ist ausschließlich farbig. Gewiß würde England eine Blockade ausführen können, aber diese würde selbst bei langer Dauer kaum den Willen des Volkes brechen, da es lebensnotwendige Dinge nicht von außen bezieht. Das Mutterland und die benachbarten Dominien — Südafrika, Australien — werden Truppen, vielleicht auch technisches Personal stellen können. Aber bis dies in Wirklichkeit eintreten kann, dürften so erhebliche Zerstörungen eingetreten sein, daß sie Material für ihre Tätigkeit kaum noch vorfinden würden. Japan würde wohl in der Lage sein, militärisch und technisch ein Mehrfaches dessen zu leisten, was die Dominien vermögen. Aber einmal besteht für Japan keine Bündnispflicht mehr, und wenn eine solche zum Schutze Indiens überhaupt bestanden hat, so war sie gegen Rußland gedacht, nicht aber gegen Revolutionsheere. Rief England aber Japan zu Hilfe, so würde das ihm schwere Verpflichtung anferlegen und zweifellos als Ergebnis ein japanisches Indien haben, was den Anfang des großen Kampfes Asiens gegen Europa bedeuten würde. Ob im Falle einer bewaffneten Revolution Indien wirksam auf Hilfe von außen rechnen kann, ist eine besondere Frage. Daß die Afghanen sofort eingreifen würden, erscheint sicher, auch daß sie dabei energische Unterstützung durch Sowjetrußland finden würden. Aber für die Pamirdivision und die anderen nächstgelegenen russischen Truppen handelt es sich immer um viele Hunderte von Kilometern Fußmarsches über menschenleeres Hochgebirge; sie würden also nur nach längeren Vorbereitungen, nach und nach und in voraussichtlich sehr minderwertiger Verfassung eingesetzt werden können. Immerhin ist es bemerkenswert, daß der fanatische Flügel der Bolschewisten (Trotzky), Lenins Absicht, das Millionenheer in Anbetracht des Hungers in Rußland auf die Hälfte herabzusetzen, vereitelt hat.

Nach alledem ist es nicht wahrscheinlich, daß England es auf einen Kampf mit den Waffen ankommen lassen wird, wenn es Gandhi gelingt, das Räderwerk der Verwaltung und Wirtschaft in Indien zum Stillstand zu bringen.

Vielleicht wird es versuchen, dem Unheil zuvorzukommen und der Bewegung die Führer zu nehmen. Es liegen Nachrichten vor, daß dies zurzeit bereits geschehen ist; tausende sollen die Gefängnisse füllen und aus Raummangel schon nach den Anklagen deportiert worden sein. Nur noch „der Heilige“ Mahatma Gandhi soll sich als einziger Führer in Freiheit befinden. Der Erfolg wird abzuwarten sein. In der Mehrzahl der Fälle schadet ein solcher Eingriff und nützt nichts, er entfesselt eher eine Revolution als daß er sie unterdrückt. Revolutionen sind nie das Werk einzelner Männer. Wieviel Tausende hätte man festsetzen müssen um die französische Revolution im Keime zu ersticken? Und festsetzen kann man nur die, die man kennt. Es stehen aber mehrfach so viele bereit und fähig im Hintergrunde. Es bleibt der Weg der Verhandlungen. Es ist nicht anzunehmen, daß Gandhi weniger fordern wird, als die Dominienverfassung. Aber auch nicht mehr. Selbst die „Gemäßigten“

verlangen Selbstverwaltung, es ist die Forderung der öffentlichen Meinung Indiens.

Was verliert England, wenn es nachgibt? Eine Zuschrift an die „Times“ im Dezember 1921 trat dafür ein unter Bezugnahme auf Irland. Aber Irland, Kanada, die Union, Australien ist white man's land. Indien wäre die erste Selbstverwaltungs-Kolonie mit farbiger Bevölkerung. Das würde wirtschaftliche und politische Folgen haben, die zu ganz anderen Verhältnissen führen, als wenn Australien, Kanada, ja Südafrika heute selbständig würden: hier würde angelsächsischer Gemeinschaftsinn, gleiche Sprache und Kultur, gleiche Lebensgewohnheiten und Ansprüche, alte Beziehungen, gleiche Währung und die Macht der Gewohnheit dafür sorgen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen im großen und ganzen ungestört blieben. Anders in Indien, noch dazu in einem, das sich seine Freiheit im harten Kampf errungen hat. Es würde sofort der nordamerikanische, japanische, deutsche Handlungsreisende erscheinen und voraussichtlich das Geschäft übernehmen. Ein Deutscher, dem es Mitte 1921 vergönnt war, Kalkutta und Rangun zu besuchen, schreibt²⁾: „I am German: diese Zauberformel öffnete mir überall Tür und Tor. . . Mohammedaner und Hindus sind sich einig im Haß gegen die Engländer und Angloinder. Die Los-von-England-Bewegung gewinnt zusehends Boden. . . Um sich von der Gesinnung eines Inders zu überzeugen, genügen wenige Worte, geheimnisvoll geraunt: Do you know Mr. Gandhi? Dieser Satz bewirkt ein Aufleuchten in den Augen jedes Inders. . . In Kalkutta war ich Zeuge der stürmischen Begrüßung Gandhis. Zahlreiche anwesende Frauen rissen wertvolles Geschmeide, Ketten, Spangen, Armbänder von ihren Körpern und Kleidern und legten sie zu seinen Füßen nieder als Opfer für die Bereinigung Indiens vom englischen Joch. . . In Kalkutta hatte gerade ein achtwöchiger Streik der Kohlenarbeiter sein Ende erreicht. Über 200 große Ozeandampfer waren zum Stilliegen für mehrere Wochen verdammt gewesen. Bezeichnend für das Wohlwollen, das die Inders für uns Deutsche hegen, ist es, daß man uns bei einem neuerdings gegen Ende unserer Löscharbeiten drohenden Streik sämtlicher Hafenarbeiter versicherte, unsere Löscharbeiten würden nicht in Frage gestellt, den deutschen Dampfer werde man als einzigen fertiglösen. In Rangun erging es uns ähnlich. Dort streikten plötzlich sämtliche Leichterleute, erklärten sich aber bereit, noch während der Nacht und des nächsten Tages unsere Restladung heranzubringen während auf sämtlichen anderen Schiffen, einerlei welcher Nationalität, das Ladegeschäft unterblieb. Welche Gefühle mögen die Besatzungen der untätig daliegenden englischen Schiffe beschlichen haben, als sie uns am nächsten Tage unter wehender deutscher Flagge die Heimreise antreten sahen!“

Wenn der Handel sich zum großen Teil andere Bahnen suchen würde, so würden allerdings — bei friedlicher Gewährung der Homerule — die angelegten Kapitalien in Industrie, Eisenbahnen, Anleihen usw. ihre Zinsen weiter tragen. Der „Political Drain“, von dem wir im 1. Aufsatz sprachen, würde natürlich aufhören, wenn nicht, z. B. wegen Weiterzahlung der Pensionen, anderes vertraglich ausgemacht wird.

Noch erheblicher würde die politische Macht einbuße sein. Die indische Armee ist bisher das eigentliche Heer Englands gewesen, nicht nur für den ganzen Umkreis des Indischen Ozeans: schon im Krimkriege verwandte England indische Truppen und im Weltkrieg waren es 700 000 Mann, die außer in Ägypten Palästina, Persien, Mesopotamien, Ostafrika, in Flandern ins Feuer geführt wurden. Allerdings wird die indische Armee auch dann nicht bestehen bleiben,

²⁾ „Weser Zeitung“ Nr. 491 v. 16. 3. 21.

wenn Homerule versagt bleibt. Wir haben erfahren, daß die gesetzgebende Versammlung die Ausdehnung des Budgetrechts auf das Heer verlangt hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein volles Budgetrecht das erste Opfer sein wird, das England bringen muß, wenn es Indien behalten will. Ein Engländer³⁾ bemerkt zu dieser Tatsache, daß vor dem Kriege der indische Gesamthaushalt 83 Mill. £ betrug, wovon 21 Mill. auf das Heer entfielen (25%), während 1921/22 das Heer 66 von 128 Mill. (52%) beanspruchte: „In der südafrikanischen Union beansprucht das Heer 8%, in Italien 14% der Einkünfte. Indien ist von keiner Nation mehr bedroht, aber es bedroht andere Nationen. Und Indien muß die Hälfte seiner Einkünfte für die Armee ausgeben, Indien, das so arm ist, daß nahezu 50% seiner Bevölkerung sich mit einer einzigen frugalen Mahlzeit am Tage begnügen müssen, das immer wieder von Hungersnöten heimgesucht wird, wo nur 6% der Einwohner lesen und schreiben können, — wo man, können wir hinzufügen, als Wahlurnen Kästen mit verschiedenen Farben und allgemeinverständlichen Emblemen, wie Pferd, Kuh, Elefant, verwenden mußte, weil die analphabetischen Wähler nicht mehr als fünf Farben unterscheiden konnten⁴⁾ — Indien, wo der Gesundheitszustand so schlecht ist, daß die Menschen durchschnittlich nicht älter als 23 Jahre werden!“ Dieses Indien muß, wie Gandhi sagte, ein Heer von 320 000 Mann unterhalten, zur Unterdrückung seiner Freiheit und der der Araber, Ägypter, Türken und andere Völker des Orients.

Aber auch die ideelle Macht, das Prestige Englands im Orient, und die Welt würde einen ungeheuren Stoß erleiden, wenn zum erstenmal eine farbige Rasse sich Homerule ertrotzte.

Die Minister und Beamten würden voraussichtlich ausschließlich Inder sein. Möglich, daß man europäische, wahrscheinlich englische Berater in einzelnen Verwaltungszweigen hinzuziehen würde. Aber im großen und ganzen würden die Rechte Englands durch den Vizekönig als Stellvertreter des Kaiser-Königs repräsentiert werden und denselben Umfang haben, wie die königlichen Rechte im Old Country. Was ist der King George neben Lloyd George? Deshalb ist Lloyd George's feierliche Verwahrung, daß unter keinen Umständen die Rechte des Kaiser-Königs aufgegeben oder eingeschränkt werden sollten, je nach Bedarf so oder so anzulegen. Muß er Indien Homerule gewähren, so wird er erklären, „daß die konstitutionellen Rechte gewahrt sind“.

Daß Gandhi im Ernst mehr erstrebt als Homerule, ist nicht anzunehmen. Ein Staatsmann wie er übersieht die Gefahren, die eine unabhängige indische Republik in sich bergen würde. Der Ausdruck Chaos, den Lloyd George gebrauchte, würde kaum übertrieben sein.

Indien ist nicht einheitlich in Nationalität und Kultur, wie etwa Japan, so daß dessen Beispiel für die Möglichkeit eines indischen Staates nicht herangezogen werden kann. Indien birgt, wie wir gesehen haben, jahrtausende alte innere Gegensätze jeder Art, die nur wie durch ein Wunder überbrückt werden konnten. Die allindische Einheit ist ein Zweckverband, der wenig Aussicht hat, die Erreichung seines Zweckes zu überleben. Schon die An- oder Eingliederung unabhängiger Fürstentümer in eine Republik würde zum Bürgerkrieg führen und eine indische Gesamtmonarchie muß im Spiegel des Zeitgeistes und bei der Eifersucht der Dynasten auf einander aussichtslos erscheinen. Hinzu kommt die Tendenz des Neu-Islamismus, der ein Reich von Fez bis Kalkutta erstrebt und damit den Gedanken eines einigen Indiens durchkreuzt. Und der Bolschewismus?

Nachdem Sinowjew-Apfelbaum 1920 in Baku die voreilige Torheit begangen hatte, die Bauern Indiens nicht nur zum

Kampf gegen das ausländische Kapital, sondern auch gegen die einheimischen Blutsauger und Unterdrücker aufzurufen, hatte sein Evangelium die Zugkraft auf die führenden Klassen der Bewegung nicht nur eingebüßt, sondern sie eher abgeschreckt. Es deutet nichts darauf hin, daß der Gandhismus bolschewistisch orientiert ist, eher das Gegenteil. Und damit erwächst für England die Pflicht gegenüber der Kultur und der Menschheit, seine asiatische Politik so einzurichten, daß sie nicht dem bolschewistischen Wahnsinn in die Hände arbeitet.

Eine indische Republik hätte das Recht, ihre äußeren Beziehungen selbständig zu regeln. Sie würde der Lage der Dinge nach im britischen Konzern des Empire bleiben können, oder Anschluß an Japan oder Sowjet-Rußland suchen. Wenn das erstere beabsichtigt wäre, brauchte Gandhi nicht mehr als Homerule. Deshalb kann diese Möglichkeit hier unbesprochen bleiben.

In Sowjet-Rußland und Japan müssen wir für absehbare Zeit die vorherrschenden asiatischen Mächte erblicken. Über die auf die westliche Kultur gerichtete Zerstörungstendenz des Bolschewismus ist jedermann unterrichtet. Über die gegen den Westen gerichtete Eroberungstendenz des japanischen Imperialismus gibt Stoddard⁵⁾ erstaunliche Belege. „Wir haben jetzt an China ein Streitroß, daß uns weithin tragen soll. Wie Rom Latium eroberte um Italien zu besitzen, wie Napoleon Italien und die Rheinlande eroberte, um Europa zu besitzen, wie England auf Indien reitet, um die Welt zu besitzen, so werden wir auf China reiten. So werden unsere 50 Mill. Menschen zu 500, so werden unsere schäbigen 100 Mill. Gold zu Billionen“. So lautet einer dieser Stimmen aus dem Jahre 1916.

Das gandhistische Indien mit seiner Methode der passiven Mittel in der Politik würde nicht in der Lage sein, dem von beiden Seiten eindringenden Eroberungswillen stand zu halten. Es wird sich einer von beiden Bewegungen anschließen müssen, um sich gegen die andere zu wehren. Der nähere Feind ist der bolschewistische; ein Angriff von dieser Seite würde ein noch nicht vom asiatischen Marxismus unterminiertes Indien in die Arme Japans treiben. Dann würden seine Mittel ebenso gegen den Westen verwendet werden, als wenn es dem Bolschewismus in die Arme liefe. Vielleicht wäre die Japanisierung Indiens für die Weltkultur aber doch das kleinere Übel, jedenfalls dann, wenn Japan den Beruf und die Kraft in sich fühlen sollte, in Asien dem Bolschewismus die Entscheidungsschlacht zu liefern.

So oder so. Indiens gänzliche Selbständigkeit bedeutete die Verwirklichung des Wortes: Asien den Asiaten. Stoddard⁶⁾ hält diese Entwicklung für unausbleiblich. Ja, er rät den europäischen Nationen freiwillig Asien zu räumen und dafür den festen Wall europäischer Solidarität gegen die Asiaten um Europa — diesseits Sowjet-Rußlands —, Amerika, Australien und Afrika zu errichten.

Großbritannien wird schwerlich ohne weiteres geneigt sein, diesen Gedanken zu verwirklichen. Indien bildet viel mehr den Mittelpunkt des Empire als Old-England. Die Dominien sind auf dem Wege einer — durchaus wohlwollenden — Lösung. Was übrig bliebe, wäre ein Klein-England, das im europäischen Staatensysteme die Rolle einer unter mehreren Großmächten spielen würde und jedenfalls dem Heere Frankreichs nicht überlegen, ja nicht einmal gewachsen wäre. Und darin liegt auch eine Gefahr für Deutschland. Denn der Feind Deutschlands — und wie wir in späteren Aufsätzen erkennen werden: der Welt — ist Frankreich.

³⁾ Bernard Houghton in „Foreign Affairs“ v. Dez. 1921. ⁴⁾ Statement 1920, S. 66.

⁵⁾ Rising Tide of Color, S. 50 u. a. ⁶⁾ S. 63—68.

Betrachten wir nun noch die Frage, was eintreten kann, wenn es Gandhi nicht gelingt, England durch seine Mittel gefügig zu machen, d. h., wenn der Gandhismus in Indien nicht durchdringt.

Dann wird voraussichtlich die Noncooperation chronisch in dem Sinne, daß Streiks, Steuerverweigerungen, Revolten immer wieder und überall ausbrechen und keine Ruhe eintritt. Dieser Zustand würde den Boden für die Bolschewisierung Indiens vorbereiten. Mag auch Stoddards Zahl von 32 Mill. im Jahre 1919 Verhungerte mehrfach übertrieben sein, der Verzicht auf alle Zahlenangaben und die leichtfertige Art wie die Hungersnot im Statement 1919 besprochen wird⁶⁾, läßt Schlimmes befürchten.

Es gibt an, daß die Ernte um 20 Mill. t oder ein Viertel des Nahrungsbedarfes zu klein war, abgesehen von einem Ölfrucht- und Zuckerausfall von je 1 Mill. t und 5 Mill. Ballen Jute und Baumwolle⁷⁾; 200 000 t Weizen wurden aus Australien und 1,3 Mill. t Reis aus Birma eingeführt, die Ausfuhr auf 62 000 t kontingentiert. Das Statement will glauben machen, daß ein Ausgleich durch Reserven früherer Jahre erfolgt sei. Aber aus mannigfachen Gründen, deren Besprechung hier zu weit führen würde, erscheint dies ausgeschlossen. Nach den obigen Zahlen fehlten, selbst nach Abzug der Einfuhr, 18,5 Mill. t, d. h. die Nahrung für 60–70 Mill. Menschen. So gewinnt die Stoddardsche Zahl, trotz ihrer grausigen Höhe, doch etwas Wahrscheinlichkeit. Unter diesen Umständen besteht, da dasselbe Elend jederzeit beim Ausbleiben des Monsuns wiederkehren kann und tatsächlich periodisch einzutreten pflegt, allerdings die Gefahr, daß die verzweifelte Menge sich dem Bolschewismus in die Arme wirft.

Die Regierung mußte sich also zu einer weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Reform entschließen. Reform soll ja das Mittel gegen Revolution sein. Aber die Geschichte lehrt, daß die Reform in der Revolution immer das Wunder ist, das ausbleibt, mindestens aber zu spät und unzureichend einsetzt.

Das ist verständlich. Denn nur das staatsmännische Genie von einsamer Größe erkennt die unumgänglichen Notwendigkeiten und hat den moralischen Mut, das für notwendig Erkannte durchzusetzen. Es gibt immer eine Tapferkeit der Unverantwortlichen, die in solchen Fällen von „unnötiger Schwarzscheerei“ spricht, und in Konzessionen „Aufstachelung der Begehrlichkeit“ erblickt, bis es zu spät ist und die Revolution über die maulheldenhafte Tapferkeit der Unverantwortlichen und die moralische Feigheit der Verantwortlichen zusammenschlägt.

Die Montagu-Chelmsford-Reform kam zu spät und war unzureichend. Wenn mit ihr wenigstens eine wirtschaftliche einhergegangen wäre, die aus Abrüstungsersparnissen wirksame Fonds zur Bekämpfung der Hungersnöte bereitgestellt hätte, wäre ihr vielleicht mehr Erfolg beschieden gewesen. Aber über die Heeresausgaben und die „kostspieligste aller Verwaltungen der Welt“ darf im „Parlament“ nicht verhandelt werden! Naturgemäß versuchte es sofort diese Rechte zu usurpieren.

Sie werden nicht verweigert werden können. Allerdings muß die Abrüstung insofern beschränkt bleiben, als der Bolschewismus eine Grenzabwehr erfordert. Da es sich dabei aber nicht nur um ein indisches Interesse handelt, ist es fair, daß das Empire, das sich bisher durch die indischen Steuerzahler und Soldaten verteidigen ließ, seine Verteidigung gegen den Bolschewismus wenigstens finanziell auf eigene Schultern nimmt. Dann sind die Mittel da zu wirtschaftlichen Vorkehrungen gegen die Hungersnöte, die akuten wie die chronischen.

Wenn aber Indien das volle Budgetrecht erhält, selbst nur auf der Grundlage des beschränkten Wahlrechts, das die

Montagu-Chelmsford-Reform verleiht, dann ist der Ausbau zur Dominionverfassung die gegebene Folge. Denn der Mehrzahl der Beschränkungen, die die Reform vorsieht, ist es anzusehen, daß etatrechtliche Befürchtungen die Ursache waren. Die Reform kennt schon „Minister“. Aber noch sind sie auf die Provinzen beschränkt, werden vom Gouverneur ausgewählt, haben diesem nur zu raten, so daß er anders entscheiden kann, und sind schließlich nur mit bestimmten Verwaltungsgeschäften (transferred subjects) betraut. Der Zentralverwaltung fehlen selbst diese Scheinminister. Es ist nach alledem begreiflich, daß die Reformakte nicht als eine befriedigende Lösung der indischen Frage angesehen wurde und daß mit der verlangten Kompetenzerweiterung im Budgetrecht, implizite die ganze Akte abgelehnt und die Reformfrage neu aufgerollt wurde. Es handelt sich jetzt um die Frage: gewaltsame Unterdrückung auf dem Wege, den Earl Reading eingeschlagen hat, oder Gewährung der Dominionverfassung und Aufgabe der türkenfeindlichen Politik Englands, die als allgemein islamfeindlich angesehen wird.

Die Frage, ob und wie weit England eine andere Islampolitik einschlagen, beziehungsweise das Geschehene rückgängig machen kann, hier zu besprechen, würde zu weit führen. Uns will es scheinen, daß die leitenden Staatsmänner Englands auch hier mehr nach taktischen Erwägungen des Augenblicks, als nach großen weltpolitischen Richtlinien gehandelt haben und deshalb dasselbe Schicksal erleiden werden, wie in der Mehrzahl der Maßnahmen seit Versailles: was nur dem Augenblick angepaßt war, muß immer wieder geändert werden. Und in dieser ungeheuren taktischen Beweglichkeit und dem Bewußtsein, sie zu besitzen, besteht ja eigentlich nur die Meisterschaft Lloyd Georges. Frankreich war und ist immer zielbewußter gewesen. Daher seine Überlegenheit.

Für uns Deutsche besteht kein Interesse daran, England in Indien ungünstig abschneiden zu sehen. Englands Schwäche ist Frankreichs Stärke und deshalb unsere Schwäche. Die Lügenpropaganda, mit der England unseren Namen vor der Welt, wie Luther sagt, „stinkend gemacht hat“, die völkerrechtswidrige und unmenschliche Blockade mögen uns gerechten Grund geben, England durch Generationen hindurch zu hassen: die Politik darf keine Gefühle kennen, sondern nur nüchternes Rechnen mit Tatsachen. Und die vielleicht einzige Voraussetzung, die die deutsche Mentalität für politische Wirksamkeit mitbringt, daß wir nämlich nicht zu hassen verstehen, wollen wir nutzen.

Das Weltinteresse aber verlangt, daß die britischen Staatsmänner sich zu der Höhe der Anschauung erheben, die Stoddard⁸⁾ predigt: die Solidarität der weißen Rasse zur Rettung unserer bedrohten Kultur. Der Zusammenschluß des Farbigen gegen den Weißen bahnt sich an; das ist der große aber zurzeit noch fernere Feind. Der nahe Feind ist Sowjet-Rußland mit seiner Verneinung der westlichen Zivilisation, mit seiner Tendenz alle asiatischen Feinde unserer Kultur zum Kampfe gegen uns zu sammeln. Die wichtigste Aufgabe ist, zu verhindern, daß Indien ihm anheimfällt. Wir wünschen England vollen Erfolg bei der Lösung dieser Aufgabe, mag sie auf diesem oder jenem Wege erreicht werden. Aber es will uns scheinen, daß die harte Faust des Augenblickstaktikers nicht das geeignete Instrument ist. Wir glauben nicht, daß Großbritannien ohne das Opfer, Indien zum Dominion zu machen, seine welthistorische Aufgabe in Indien lösen kann. Mögen ihm Staatsmänner beschieden sein, die Weltwissen in sich tragen, dann werden sie den Mut und die Macht haben, sich der politischen Menge gegenüber durchzusetzen.

Hans Zache

⁷⁾ „The Near East“ v. 9. 2. 22.

⁸⁾ Rising Tide of Color.

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Staatswirtschaft

Zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 werden weitere Einzelheiten bekannt.

1. Reichsbahn. Der ordentliche Etat bringt mit 72 Milliarden $\mathcal{M}$ Einnahmen und 68 Milliarden $\mathcal{M}$ Ausgaben einen Überschuß von 4,28 Milliarden $\mathcal{M}$ (im Vorjahr 7,79 Milliarden $\mathcal{M}$ Zuschuß). Gegen den Voranschlag für 1921 sind die Einnahmen um 34,9 Milliarden, die Ausgaben um 24 Milliarden höher angesetzt. Der Vergleich mit diesem Voranschlag und den tatsächlichen Zahlen für 1920 gibt folgendes Bild (in Milliarden $\mathcal{M}$):

	1920 (Ist-Einnahme)	1921 (Voranschlag)	1921 (Ist-Einnahme)	1922 (Voranschlag)
Personen- und Gepäckverkehr.....	4,59	6,7	6,2	11,6
Güterverkehr.....	12,18	29,6	21,0	58,6
Verkehrseinnahmen	16,78	36,3	27,3	70,2

Der außerordentliche Etat zeigt bei 6,789 Milliarden $\mathcal{M}$ Gesamtausgaben einen Anleihebedarf von 6,783 Milliarden gegen 24,796 im Vorjahr, wo allein 16,9 Milliarden zur Einlösung der schwebenden Schulden der Länder dienten, von denen die Bahnen übernommen wurden.

Der Personaletat ist im Voranschlag auf 997 055 festgesetzt, während er 1919 in Wirklichkeit 1 122 500 und 1920 1 090 900 betrug.

2. Reichspost. Die Einnahmen für 1922 sind in folgender Höhe veranschlagt:

Postgebühren.....	9,42 Milliarden
Telegraphengebühren	1,45 "
Fernsprechgebühren.	4,02 "
	14,89 Milliarden

Dazu kommen weiterhin: Vergütungen anderer Reichsverwaltungen an die Post in Höhe von 513 Mill. $\mathcal{M}$, Einnahmen aus dem Postscheckverkehr 530 Mill. $\mathcal{M}$ (davon aus Zinsen 414 Mill.). Die Einnahmen betragen insgesamt 16,25 Milliarden, die Ausgaben ebensoviel.

Der außerordentliche Haushalt in Höhe von 2,48 Milliarden $\mathcal{M}$ wird fast ganz aus Anleihen bestritten. Aus ihm werden verwandt:

Zum Ausbau der Fernsprechanlagen.....	1,39 Milliarden
Zum Bau von unterirdischen Fernkabelleitungen	0,70 "
Für Bauten.....	0,385 "

3. Reparationsetat. Von insgesamt 187,53 Milliarden $\mathcal{M}$ des Reparationshaushaltes (ordentlicher Etat 147,69, außerordentlicher Etat 39,84 Milliarden) entfallen auf:

Allgemeine Reparationsausgaben.....	135,00 Milliarden
Besatzungskosten.....	6,27 "
Kosten der Kommissionen.....	1,85 "
Leistungen aus dem Friedensvertrag neben den Reparationen.....	20,72 "
Ausgleichsverfahren.....	18,00 "
Innere Ausgaben auf Grund des F. V.	5,7 "

Dem Etat liegt eine Zahlungsverpflichtung auf 3 Milliarden „Goldmark“ (wovon 2 Milliarden feste Annuität, 1 Milliarde gleich 25 % vom Ausfuhrwert) zugrunde. Als Umrechnungsverhältnis ist angenommen: 1 Goldmark = 45 Papiermark. In der so erhaltenen Summe von 135 Milliarden sind die Ausgaben für Devisenbeschaffung zur Zahlung von 76,7 Milliarden $\mathcal{M}$ in bar berücksichtigt. Die Sachleistungen sollen betragen: für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete 45 Milliarden, an Kohlen, Benzol, Farbstoffen 13 Milliarden, an lebenden Tieren 1,3 Milliarden $\mathcal{M}$.

Entschädigungszahlungen an verdrängte und auslandsdeutsche sind mit 3,1 Milliarden $\mathcal{M}$ eingesezt.

Bis auf 16,5 Milliarden $\mathcal{M}$ Einnahmen — Überschuß des ordentlichen Verwaltungshaushaltes — ist der gesamte Reparationshaushalt aus Anleihen zu decken.

Nach Mitteilungen im Hauptausschuß des Reichstages sind bisher für Sachleistungen zum Wiederaufbau von Deutschland Waren für 18 Milliarden $\mathcal{M}$ angeboten worden (auf Grund der Anforderungslisten der Entente). Die tatsächlichen Anforderungen der Entente belaufen sich auf 3 Milliarden $\mathcal{M}$, geliefert sind davon bereits Waren im Wert von $\frac{1}{2}$ Milliarde $\mathcal{M}$, für die restlichen $2\frac{1}{2}$ Milliarden dauern die Lieferungen noch fort.

Die Wirtschaftsbeihilfen an Reichsbeamte, deren Bewilligung bei den Verhandlungen vor Beginn und während des Eisenbahnbeamtenstreiks eine große Rolle gespielt hat, sind für Februar erstmalig in Höhe von 850 Mill. $\mathcal{M}$ angewiesen worden. Da diese Zahlungen die Besoldungsverhältnisse erneut komplizieren, werden sie nur als Übergangsmaßnahme bis zu einer neuen Besoldungsreform Bedeutung haben. Ihre Zahlung erfolgt in gleicher Höhe an alle Beamtenkategorien. Für je 10 Pf. Überteurungszuschuß für Stundenlöhne bei Arbeitern tritt eine Wirtschaftshilfe von 250 $\mathcal{M}$ für das Jahr bei den Beamten des gleichen Wohnortes.

Am 1. 3. wird das Zollaufgeld auf 4400 % festgesetzt. Die letzten Erhöhungen zeigt folgende Tabelle:

März 1920	900 %	Oktober 1921	1900 %
Mai	700 "	November 1921	3900 "
November	900 "	März 1922	4400 "

In weiterer Auswirkung des Londoner Ultimatums wird mit Wirkung ab 1. 4. 22 folgende Änderung im Aufbau der Behörden getroffen: Die bisher dem Reichsschatzministerium unterstellten Behörden werden, ausgenommen nur die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete, dem Reichsfinanzministerium unterstellt. — Die Abteilungen Reichsschatzverwaltung gehen in den Präsidialgeschäftsstellen der Landesfinanzämter auf. Die Reichsvermögensstellen werden aufgehoben, die Verwaltung reichseigenen Besitzes wird den Finanzämtern übertragen, soweit sie bisher durch eigene Dienststellen der Reichsschatzverwaltung geschah. An Stelle der Reichsvermögensämter treten, soweit erforderlich, Reichsbauämter.

Die endgültigen Ergebnisse des Haushaltsjahres 1920/21 liegen jetzt vor (in Milliarden $\mathcal{M}$):

		Gegen den Etat m. (+) od. weniger (-)
Einnahmen: Ordentlicher Etat.....	53	+ 8,5
Ausgaben: Ordentlicher Etat.....	52	+ 7,5
	Überschuß....	+ 1
Im einzelnen:		
Verwaltungseinnahmen.....	3,35	+ 0,60
Einkommensteuer.....	10,2	- 1,8
Körperschaftsteuer.....	1,19	+ 0,29
Kapitalertragssteuer.....	0,94	- 0,36
Reichsnotopfer.....	9,9	+ 6,1
Umsatzsteuer.....	5,05	+ 1,45
Fortlaufende direkte Steuern insges.....	27,03	+ 4,74
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs....	3,47	- 3,13
Aus einmaligen Steuern insges.....	5,65 ¹⁾	-
Stempelabgabe.....	1,75	+ 0,85
Abgabe vom Personen- und Güterverkehr.	1,41	+ 0,78
Ausfuhrabgabe.....	1,18	+ 0,48
Abgaben aus dem Bankverkehr.....	1,31	- 0,14
Zölle, Verbrauchssteuern, Monopoleinnahmen insgesamt	11,16	+ 2,01
Außerord. Etat, Einnahmen durch Anleihen.	18,36	-
„ „ „ durch Schatzanw.	74,86	-
Zusammen.....	93,22	+ 2,42

¹⁾ Vergleich nicht möglich, da Zahlungen aus dem Vorjahr inbegriffen sind.

Betriebsverwaltungen:		
Post: Einnahmen.....	4,6	+ 0,5
Ausgaben.....	7,7	- 0,5
Fehlbetrag.....	3,1	- 1
Fehlbetrag des außerordentl. Etats..	10,1	+ 0,1
Eisenbahnverwaltung: Einnahmen.....	18	+ 1
Ausgaben.....	30,2	- 1,2
Fehlbetrag.....	12,2	- 2,2
Fehlbetrag des außerordentl. Etats..	1,7	- 0,3

Industrie und Bergbau

In der Preiskommission des Reichskohlenrates wurde über weitere Erhöhungen des Kohlenpreises beraten. Dabei wurde festgestellt, daß zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis bei einem Dollarstand von 200 unter Vorausberücksichtigung der Preiserhöhung und nach Anrechnung der Beiträge für den Bau von Arbeiterwohnungen nur noch eine Spanne von 70 *M* je t besteht. Über die Verwendung des Differenzbetrages ist man sich noch nicht schlüssig geworden. Jedenfalls soll ein Teil für den technischen Ausbau der Gruben und für Neuanlagen zur Verfügung gestellt werden, ein weiterer soll zur Erfüllung der Reparationen dienen. Durch weitere Lohn- und Frachterhöhungen würde sich der Differenzbetrag, der hierfür verfügbar ist, natürlich noch vermindern.

Die Umgruppierung in Kalibergbau und -industrie schreitet langsam weiter: nunmehr hat die A.-G. Vereinigte Chemische Werke Leopoldshall den Salzdetfurther Aktienbesitz des Anhaltischen Fiskus (2400 Stück von insgesamt 21 000) angekauft. Der Preis betrug 112,5 Mill. *M*, d. i. für die Aktie rund 4690 %, während der Kurs der Aktien, zu Anfang des Jahres noch rund 2700, in letzter Zeit bis auf 4000 gestiegen war (Dividende in den beiden letzten Jahren je 60 %). bei den Salzdetfurther Kaliwerken.

Die Generalversammlungen der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt A.-G., der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft A.-G. und der Metall-Gesellschaft A.-G. haben den am 4. 1. zwischen den drei Frankfurter Firmen abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag genehmigt.

Nach den Beschlüssen beider Generalversammlungen wird jetzt die Verschmelzung der Löwenbrauerei A.-G. mit der Böhmisches Brauhaus A.-G. durchgeführt. Erstere gibt den ganzen Betrieb mit Aktiven und Passiven gegen eine Barauszahlung des Überschusses (4 Mill. *M*) und Zahlung einer jährlichen Pacht ab. Die Firma wird in Industriegelände Berlin-Hohenschönhausen A.-G. geändert und übernimmt die Verwaltung des bisherigen Grundbesitzes. — Die Böhmisches Brauhaus A.-G. firmiert in Zukunft Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus A.-G. Das Aktienkapital wird um 5,2 auf 8,5 Mill. *M* erhöht, woraus die Aktien der Vereinsbrauerei Jüterbog A.-G. umgetauscht werden sollen. Endlich ist die Ausgabe einer 5%igen Obligationsanleihe von 6 Mill. *M* geplant.

Ein Aachener Steinkohlensyndikat G. m. b. H., kürzlich mit einem Stammkapital von 120 000 *M* gegründet, umfaßt den Eschweiler Bergwerksverein in Kohlscheid, die Interessengemeinschaft dieses Werkes mit den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Eich-Düdelingen und die Gewerkschaften Nordstern, Sophia Jacoba, Carl Alexander und Carl Friedrich, während der Gewerkschaft Carolus Magnus der Beitritt vorbehalten bleibt.

Nach Angaben der „Bauwelt“ sind im Januar 2460 Wohnhaus- und 365 Fabrikbauten neu in Angriff genommen worden (gegen 4153 im Vormonat und 2443 im Januar 1921). Im Jahre 1921 wurden insgesamt 58 715 Neubauten (Wohnhäuser, Fabrikanlagen, Umbauten zu Wohnräumen) begonnen. — Für Zement- und Ziegelwaren werden zurzeit Lieferfristen bis zu vier Monaten und länger verlangt.

In Oberschlesien vollzieht sich eine Umgruppierung des Besitzes an Gruben und Werken, wobei das Bestreben zum Ausdruck kommt, die im deutschbleibenden Teil des Landes gelegenen Anlagen in eigene Gesellschaften umzuwandeln. In mehreren Fällen ist das in der Weise geschehen, daß neue Aktien des Teiles den Aktionären, die eigentlich bereits das Ganze durch ihren bisherigen Aktienbesitz in der Hand hatten, zu Parikursen angeboten wurden. Das war z. B. bei der ersten derartigen Umwandlung der Fall, wo die Hohenlohe-Werke ihre Gleiwitzer Zechen als Grundstock in eine neugegründete Oehringen-Kohlenbergbau-A.-G. einbrachten. In ähnlicher Weise ging die Kattowitzer Bergbau-A.-G. vor, welche die deutschbleibende Preußengrube in eine besondere Gesellschaft umgewandelt hat. Die Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb hat einen Teil ihres Besitzstandes an die Bergwerks- und Hütten-A.-G., eine Gründung vom November letzten Jahres, abgetreten. Weitere Neugründungen stehen noch bevor und sind z. T. schon angekündigt. Mit einiger Sicherheit ist zu erwarten, daß die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. (Oberbedarf) ihre Gleiwitzer Werke selbständig macht.

Im polnisch werdenden Teil des Landes hat bisher nur die Gräfl. Schaffgotsche Verwaltung eine Umgründung durchgeführt, welche den Namen Godulla-A.-G. erhalten hat.

Neben den Umgründungen sind eine große Menge von Neu- und Filialgründungen zu erwähnen. Welche Ausdehnung diese Neugestaltung angenommen hat, ist aus einer Mitteilung aus Kattowitz zu erkennen, wonach beim dortigen Handelsregister allein 3100 Anträge auf Eintragung vorliegen.

Im Anschluß an diese Umgruppierungen werden neue Konzentrationen eifrig erwogen, ohne daß vorerst Ergebnisse dieser Bestrebungen bekanntgeworden sind, wenn man von einer Konvention zur Organisierung des Absatzes nach dem Osten absieht, die Friedländer, Gräfl. Schaffgotsche und Gräfl. Ballestremsche Verwaltung und Grube Eminenz geschaffen haben.

Die Verschmelzungs- und Kartellierungspläne haben natürlich eine verstärkte Nachfrage nach ober-schlesischen Börsenwerten mit sich gebracht, die allein jedoch noch nicht genügt, um die überraschende Tatsache einer ausgesprochenen Hochkonjunktur in fast allen ober-schlesischen Papieren zu begründen, welche scheinbar gegen alle Logik eine Höherbewertung gerade jener Werke brachte, die unter den Folgen der Zerreißung ihres Wirtschaftsgebietes schwer zu leiden haben. Diese Höherbewertung ist nichts weiter als die Folge einer ausgedehnten Nachfrage, die vor allem von Frankreich, dann aber auch von England, der Tschecho-Slowakei und den Vereinigten Staaten ausgeht und den Erfolg haben wird, daß ein großer Teil der polnisch werdenden Gruben und Werke in den Besitz des Kapitals der genannten Länder übergeht. Die Zulassung der Aktien an ausländischen Börsen wird in vielen Fällen erwogen und soll bei dem Hohenlohepapier für die Londoner Börse bereits in Kürze erfolgen.

Chemische Werke Lothringen A.-G. (hauptsächlich im Besitz der Bergbau A.-G. Lothringen) und Badische Anilin- und Sodafabriken A.-G. verhandeln über den Abschluß einer Interessengemeinschaft, welche Ausbau und Erweiterung beider Werkanlagen mit sich bringen würde.

Die deutsche Steinkohleneinfuhr 1921 stellt sich auf nur 702 000 t (gegen 10 540 Mill. t im Jahre 1913). An erster Stelle steht dabei England mit 563 200 t (gegen 9 210 Mill. in 1913), dann folgt Amerika mit 78 400 t (wovon 47 600 allein im Januar und Februar) und Holland mit 57 300 t. — Die deutschen

Zwangslieferungen an die Entente machen 18 630 000 t aus, monatlich also durchschnittlich 1,55 Mill. t. — Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Förderung der großen Steinkohlenreviere (Rheinland-Westfalen mit Aachen, Ober- und Niederschlesien, Sachsen) im Januar 1922 12,28 Mill. t betrug.

Handel und Banken

Der deutsche Außenhandel im Januar zeigt auf der Einfuhrseite eine kleine Steigerung der Mengen gegen Dezember (23,10 Mill. dz gegen 20,86 Mill.), während der Wert zurückgegangen ist (12 800 Mill. M gegen 13 702 Mill.). Das läßt den Schluß auf eine weitere Verminderung der Einfuhr an hochwertigen Rohstoffen zu, wie sie bereits in den letzten Monaten festzustellen war.

Die Januarausfuhr übertrifft mit 20,30 Mill. dz alle Monatsmengen des Jahres 1921 (Höchstziffer Oktober 19,73, danach Dezember 19,30 Mill. dz). Dabei ist der Wert nur unbedeutend gestiegen (14 500 Mill. M gegen 14 468 Mill. im Vormonat).

Die Bilanz des Außenhandels ist also in den Werten mit 1700 Mill. M aktiv (gegenüber einem Aktivsaldo von 766 Mill. M im Dezember, einem Passivsaldo von 347 Mill. im November und einem solchen von 12 726 Mill. M im Jahre 1921) — in den Mengen mit 2,8 Mill. dz passiv (im Vormonat 1,6 Mill. dz, im Jahre 1921 mit 38,3 Mill. dz).

Mit dem 1. 3. tritt das neue Devisenverkehrsgesetz in Kraft. Danach ist bei jedem Devisengeschäft nötig: die Mitwirkung einer Bank, der Ausweis des Kunden über seine Person und die Mitteilung an die Steuerbehörde. Zum Devisenhandel sind nur noch die im Handels- und Genossenschaftsregister eingetragenen Firmen und Personen berechtigt. Ab 1. 5., wo das Gesetz im vollen Umfang in Kraft tritt, sind zum Devisenverkehr nur noch jene Personen und Firmen zugelassen, die eine ausdrückliche Genehmigung ihrer Handelskammer beigebracht haben. —

Ähnlich, wie die Reichsbank es bereits im November getan hat, wendet sich jetzt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung gegen die Bezahlung in fremder Währung beim inländischen Verkehr, während gegen die Berechnung in Auslandswährung bei zum Export bestimmten Waren keine Einwände erhoben werden. — Bei weiterer Ausdehnung des Zahlungsverkehrs mit Auslandszahlungsmitteln im Inland kündigt der Reichskommissar einschränkende Maßnahmen an. —

Der Erlaß des preußischen Innenministers vom 15. 4. 21 über die bankmäßige Auswertung des Sparkassenverkehrs wird

durch einen neuen Erlaß eingeschränkt. Danach wird den Sparkassen die Vornahme von Finanzierungen und die Beteiligung daran, soweit es sich nicht um öffentliche Unternehmungen handelt, sowie der Betrieb von Devisen- und Geldsortengeschäften nur in Ausnahmefällen gestattet. Die unangebrachte Anpreisung von Diensten hat zu unterbleiben.

Die Übernahme der Pfälzischen Bank durch die Rheinische Creditbank berührt das Abkommen zwischen Rheinischer Creditbank und Deutscher Bank über die Teilung des Geschäfts nicht. Dabei übernimmt erstere die Filialen der Pfälzischen Bank in der Pfalz und in Hessen, während die Filialen im rechtsrheinischen Bayern und in Frankfurt a. M. an die Deutsche Bank übergehen. Soweit Filialen nicht mit bereits bestehenden Niederlassungen der übernehmenden Banken verschmolzen werden, zeichnen sie als Pfälzische Bank, Abteilung der Rheinischen Creditbank. —

Aus der Generalversammlung vom 17. 2., welche die Verschmelzung der Banken beschloß, ist noch nachzutragen, daß die Verluste auf über 440 Mill. M beziffert werden. Neben den großen Verlusten aus dem Devisengeschäft sind noch Kontokorrentverluste eingetreten. Wie vorgeschlagen, wurde für vier Aktien der Pfälzischen Bank zu 1200 M eine Aktie der Rheinischen Creditbank zu 1000 M gegeben, mit Dividendenberechtigung vom 1. 1. 22 an. Dazu wird der Dividendenabschnitt der Pfälzbankaktien für 1921 (20 M auf die 600-M-Aktie) eingelöst.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben den Antrag der neugegründeten Genossenschaftshypothekenbank A.-G. auf Ausübung des Geschäftsbetriebs angenommen. Es handelt sich dabei um eine Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, die das Aktienkapital (5 Mill. M) fast völlig übernommen hat. Das neue Institut soll an die Stelle der liquidierten landwirtschaftlichen Hypothekenbank in Frankfurt a. M. treten. Auf einen Antrag Hessens, das eine unliebsame Konkurrenz für die in Hessen errichtete Kreditanstalt fürchtet, wurde die Angelegenheit an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Der Gerling-Versicherungskonzern ist dabei, zwei neue Tochtergesellschaften, in Berlin und Crefeld, zu gründen. In beiden Fällen ist ein Kapital von 10 Mill. M vorgesehen, auf das zunächst 25 % Einzahlung geleistet werden sollen, während der Organisationsbestand auf 15 % bemessen wird.

Die Handels- und Verkehrsbank A.-G. in Hamburg hat ihr Kapital von 8 auf 15 Mill. M erhöht und sich bei einer größeren Beteiligung am Aktienbesitz der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank deren Gruppe angeschlossen.

E. T.

England

Der Geddes Report — Stand der Staatsfinanzen — Denkschrift der britischen Industriellen — Lloyd George

Auf dem seit längerem energisch verfolgten Wege, die Produktionskosten zu verringern und die britische Industrie auf eine konkurrenzfähige Selbstkostenbasis zu bringen, ist mit der kürzlich erfolgten Veröffentlichung des Geddes-Report ein wichtiger Schritt getan worden.

Britische Industrie- und Handelskreise klagten schon seit langem über den unerhörten Steuerdruck; er sei der stärkste zurzeit von einem Volke ertragene und trage so sehr zur Erhöhung ihrer Selbstkosten bei, daß sie niemals an wirklich wirksame Preisherabsetzungen denken könnten, die dem Handel den notwendigen Impuls geben und damit auch das Arbeitslosenproblem lösen würden. Jetzt wo diese Fragen aktuell geworden sind, treten die betroffenen Kreise mit ihren Klagen offiziell an die Öffentlichkeit. Die Vereinigung der britischen

Handelskammern veröffentlichte am 16. 2. einen eingehenden Bericht über Steuerfragen und stellte folgende Bedingungen als unerlässlich zu einer Neubelebung des Handels hin: erhebliche Minderung der Einkommensteuer, Aufhebung der Körperschaftsteuer und das Aufhören der Einmischung des Inland Revenue Department in die Bilanzaufstellungen. Ähnliche Forderungen überreichte am 15. 2. eine Deputation des Reichsverbandes der britischen Industrie dem Schatzkanzler — sie waren als Mindestforderungen bezeichnet.

Das Ergebnis dieser Stimmung war endlich auch in Regierungskreisen die Einsicht, daß eine Finanzreform, diesmal nicht der Einnahme-, sondern der Ausgabenseite, eine unabweisbare wirtschaftliche und politische Notwendigkeit sei. Sie bestellte den „Sparsamkeitsausschuß“ mit Sir Eric Geddes

als Vorsitzenden — im Volksmund auch die Geddes-Axt genannt —, damit er die Ausgaben der Regierung auf die Ersparnismöglichkeit von 100 Mill. £ untersuche. Diese Summe sollte den von den Departements selbst vorgeschlagenen Ersparnissen von 75 Mill. £ hinzugerechnet werden, so daß insgesamt der Ausgabenvoranschlag für das Finanzjahr 1922/23 von 603 Mill. £ (ohne Zinsendienst) auf 428 Mill. £ herabgesetzt werden könne.

Das Ergebnis dieser Ausschubarbeit liegt jetzt in umfangreichen Berichten vor. Der erste Bericht befindet sich seit dem 16. 12. in den Händen des Kabinetts und seine Veröffentlichung wurde stürmisch verlangt, da man befürchtete, andernfalls könne die durch ihre Verschwendung bekannte Regierung die dringend erwartete Sparpolitik doch wieder verlassen. Anläßlich der Eröffnung des Parlaments hat jedoch der König in seiner Thronrede versprochen, die öffentlichen Ausgaben bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit einzuschränken. Dementsprechend sind die zwei ersten Interimsberichte, die Ersparnisse von 75 Mill. £ vorschlagen, der Presse übergeben worden; ein dritter Bericht mit Vorschlägen für die restlichen 25 Mill. £ wird in diesen Tagen folgen. Im folgenden seien die wichtigsten Abstriche dargestellt (in Mill. £):

Voranschlag		Ersparnis		Voranschlag		Ersparnis	
Heer	81	21	Handel	2,1	0,5		
Flotte	78	20	Ausfuhrkredite...	1,0	0,5		
Luftstreitkräfte ..	13	5,5	Landwirtschaft...	3,0	0,9		
Erziehung	60½	18	Polizei u. Gefängn.	10,6	1,6		
Gesundheitswesen	24½	2,5	Allgemeines	1,6	0,1		
Kriegspensionen	96½	3,3	Pens. u. Universit.	—	1,2		

Wie zu erwarten, richten sich die Vorschläge in erster Linie gegen die Militärausgaben, teils weil man dort unter den Nachwirkungen des Krieges noch zu sehr gewöhnt war, aus dem Vollen zu schöpfen, teils auch weil der Einfluß der Brüsseler Konferenz mit seinen dringenden Hinweisen auf die Notwendigkeit der Rüstungsbeschränkung nachhaltig in den maßgebenden Finanz- und Geschäftskreisen nachgewirkt hat und darum auch bei dieser Ausschubarbeit nicht übersehen werden durfte. Im einzelnen hat der Ausschuß vorgeschlagen, die drei Ministerien für Flotte, Heer und Luftstreitkräfte zu einem einzigen Verteidigungsministerium zusammenzulegen, die Landstreitkräfte zu verringern und neu zu verteilen — hierbei wird uns besonders interessieren, daß er die acht für das deutsche besetzte Gebiet in Aussicht genommenen Infanteriebataillone streichen und nur ein Kavallerieregiment in Deutschland belassen will. Charakteristisch ist auch die Empfehlung, die Arbeit der königlichen Werften einzuschränken, da dort doch überwiegend unrentabel gearbeitet würde. Nicht berücksichtigt sind im Geddes-Report die durch die Washingtoner Beschlüsse erforderlichen Rüstungsbeschränkungen, ihr Einfluß auf den neuen Etat beträgt 11 Mill. £ Ersparnisse.

Die Ersparnisse im Erziehungswesen scheinen in obiger Zusammenstellung unverhältnismäßig groß, denn ein großer Teil der Lasten ist von den Kommunen selbst getragen worden; größere Klassenfrequenz, Hinaufsetzen des schulpflichtigen Alters von 5 auf 6 Jahre, Reduktion der Lehrergelder sind die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Für eine wirtschaftliche Betrachtung sind jedoch die Vorschläge am wichtigsten, die unmittelbar mit Wirtschaftsfragen in Beziehung stehen. Die Ersparnisse im Handel sind verschiedener Art; sie sollen hauptsächlich durch Änderungen in der Behördenorganisation aufgebracht werden. Fragen des Arbeitsmarkts werden berührt durch den Vorschlag, die Abteilung für Trade Boards an den Board of Trade zu überführen, und was noch wichtiger ist, das Arbeitsministerium, das

während des Krieges als Konzession an die Arbeiterschaft eingeführt worden ist, gänzlich aufzuheben und auch auf die staatlichen Arbeitsnachweise zu verzichten. An sich wäre ein Verschwinden des Arbeitsministeriums nicht so sehr zu bedauern, da es nicht verstanden hat, die Zuneigung der Arbeiterschaft zu erwerben und man viel über seine allzu bürokratische Arbeitsmethode geklagt hat. Zudem kann ein Teil seiner Aufgaben auch durch den Board of Trade fortgeführt werden. Die Trade Unions dagegen können die Arbeitsnachweise übernehmen und, wenn nötig, mit geringen Staatszuschüssen, tüchtige Arbeit innerhalb ihres Spezialgewerbes leisten. Ob aber die Industrie bereit sein wird, wie vorgeschlagen, die Arbeitslosenversicherung auf ihre Schultern zu nehmen, darf füglich bezweifelt werden; ihre Auslassungen über die demoralisierende Wirkung der Unterstützungen auf einen großen Teil der Arbeiter, ihre Behauptung, daß durch sie die auf der Wirtschaft ruhende Last noch weiter erhöht würde, entsprechen zu sehr dem eigenen Geschäftsinteresse, als daß sie ihre Stellungnahme jetzt plötzlich verändern sollten. Sie würden auch nur in der Hoffnung auf eine vorläufig immer noch zweifelhafte Steuerermäßigung neue Lasten zu tragen übernehmen.

Auch der Handel selbst wird durch die Vorschläge betroffen. Das neue Departement für Überseehandel, das dem Export viele wertvolle Dienste geleistet hat, soll wieder im Board of Trade aufgehen. Doch hat sich die Vereinigung der britischen Handelskammern hiermit bereits einverstanden erklärt, da ihr die Minderung der Steuerlast das dringendste und wichtigste ist. Die Verminderung der Exportkredite um die Hälfte scheint nicht sehr bedenklich, da bisher noch keine sonderlichen Erfolge dieser Hilfsaktion verzeichnet werden können; nach der „Times“ vom 19. 1. sind in der Zeit vom September 1919 bis Dezember 1921 insgesamt 6 Mill. £ Exportkredite gewährt, hiervon jedoch nur 1,4 Mill. £ in Anspruch genommen worden.

Weitere Reformvorschläge betreffen das im Kriege entstandene Transportministerium, das Bergbaudepartement und das Department of Industrial Relations, die ihre Funktionen wieder an den Board of Trade bzw. an die früher dafür zuständigen Stellen abgeben sollen.

Man kann der Arbeit des Ausschusses die Anerkennung kaum versagen: er ist gründlich und ehrlich zu Werke gegangen. Doch über den Erfolg wird man einige Zweifel hegen dürfen. Schon sind eifrige Kräfte am Werk, vor allem naturgemäß aus den bedrohten Ressorts, die einzelnen Vorschläge zu unterminieren. Die Admiralität war bereits am Tage der Veröffentlichung mit einer eigenen Denkschrift auf dem Plan, in der sie dem Ausschuß Unkenntnis der vorliegenden Bedürfnisse vorwarf, dafür aber ihrerseits auf anderem Wege gleiche Ersparnisse versprach; die Regierung hat ähnliche Veröffentlichungen der anderen Ressorts angekündigt. Gegen die Vorschläge läßt sich auch geltend machen, daß ein guter Teil von ihnen sich nur langsam auswirken, also keinesfalls in der vollen Höhe bereits für das Finanzjahr 1922/23 in Rechnung gesetzt werden kann. Schließlich wird auch die englische Regierung einmal an die Verzinsung ihrer von den Vereinigten Staaten gewährten Kredite denken müssen, die schon im Januar 1919 fast 4½. Milliarde \$ betrug und über deren Konsolidierung schon des längeren Verhandlungen zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung schweben. Inzwischen ist durch die aufgesummierten Zinsen die Summe weiter angewachsen, so daß bei 5 %iger Verzinsung mit einer jährlichen Verpflichtung von 50 Mill. £ gerechnet werden muß. Wenn jetzt die Amerikaner eine Annullierung dieser Kredite ablehnen, wird ihnen gewiß eine Herabsetzung der englischen Steuern

solange unverständlich und unerwünscht sein, als sie auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers geschieht, der seine als Hilfeleistung für die Alliierten aufgenommenen ungeheuren Staatsanleihen voll verzinsen muß.

Im übrigen scheint der Stand der Finanzen nicht so ganz ungünstig. Zwar wird wohl, vor allem infolge des Versagens der Übergewinnsteuer, das Finanzjahr mit einem Defizit des Ordinariums, statt des veranschlagten Überschusses von 84 Mill. £, abschließen. Doch dürfte es kaum so groß werden, wie noch vor einiger Zeit befürchtet. Am 18. 2. überschritten die Ausgaben seit Beginn des Finanzjahres die Einnahmen nur noch um 11,8 Mill. £, und die Einkommensteuer bringt befriedigende Erträge.

Erfreulicher noch ist die Entwicklung der Staatsschuld. Die schwebende Schuld nimmt ständig ab, sie betrug am 18. 2. nur noch 1088 Mill. £ (gegenüber 1142 Mill. £ in der Vorwoche, und 1327 Mill. £ im Vorjahr); die erzielten Diskontsätze für Schatzwechsel senken sich, im Anschluß an die fortgesetzte Geldflüssigkeit, so daß während des letzten Monats ein Durchschnittssatz von etwas über 3 %, und vom 17. 2. ein Satz für zusätzliche Schatzwechsel von 2½ % erzielt worden ist. Die Fundierung schreitet daneben weiter voran. Die Zeichnung auf die letzte 5 % Anleihe hatte so guten Erfolg, 4 Mill. £ in der Woche vom 11. zum 17. 2., daß sie unerwartet früh geschlossen werden konnte, vermutlich nun will auch das Schatzamt sich der allgemeinen Zinssenkung anpassen, die jetzt endlich auch durch die lange erwartete Herabsetzung des Banksatzes auf 4½ % bestätigt wird, und für spätere Anleihen günstigere Bedingungen für sich erzielen.

Am 9. 2. hat der Verband der britischen Industrie eine umfassende Denkschrift über die Ursachen der jetzigen Krise und die Mittel zu ihrer Beseitigung veröffentlicht. Sie führt die Krise im wesentlichen auf Unterproduktion und Überkonsum zurück und gliedert die Ursachen im einzelnen wie folgt:

zwei Ursachen von allgemeiner Bedeutung. Mangelnder Ausgleich des Weltmarkts — Unterproduktion, ungesunde Finanzpolitik der Regierung — Verwirrung des Devisenmarkts, und eine nur für einzelne Länder, speziell für England, zutreffende Ursache, zurückgegangene Arbeitsintensität — Überkonsum. Ihre Forderungen zu Punkt eins sind vor allem Abänderung der Reparationszahlungen, so daß sie die geringstmögliche Verwirrung im Welthandel verursachen — wie oft diese Forderung wohl noch von englischen Geschäftsleuten erhoben werden muß am endlich gehört zu werden! Zu Punkt zwei verlangt die Denkschrift internationale Bemühungen zum Ausgleich des Budgets und Einschränkung der Rüstungsausgaben. Am meisten liegt jedoch den Industriellen an den Forderungen zu Punkt drei, die sich allgemein auf Herabsetzung der Produktionskosten bis zum Niveau des Kontinents, speziell aber auf Lohnherabsetzungen und größere Arbeitsintensität richten. Die Löhne der Arbeiter sollen nicht mehr den Kosten der Lebenshaltung angepaßt werden, sondern vielmehr dem, was die Industrie tragen könne.

Im Anschluß an diese Krisentheorie mag noch kurz ein Dialog zwischen Lloyd George und dem unabhängig-liberalen Collins im Unterhaus erwähnt werden, der sich mit der gleichen Frage befaßte. Collins hatte die deutschen Reparationen als letzte Ursachen der Krise und der Arbeitslosigkeit in England bezeichnet. Dagegen wies Lloyd George auf die Äußerung von Rathenau in Cannes hin, der den heutigen deutschen Export auf ein Viertel des Vorkriegsumfanges angegeben hatte; der englische Export sei jedoch nur um weniger als die Hälfte zurückgegangen. So kann Lloyd George folgern, wie es ihm aus politischen Gründen auch nur gelegen sein muß, daß nicht die Reparationen die letzte Krisenursache seien, sondern daß der eigentliche Grund noch tiefer liegen müsse — und zwar wie er sich etwas vage ausdrückt, in der Erschöpfung der Hilfsmittel der Erde und in der allgemeinen Verarmung.

Dr. M. Molch

Frankreich

Der Rückgang des französischen Außenhandels und Deutschlands Anteil an demselben — Der Kampf gegen die Staatsmonopole und den l'étatisme — Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

Ende Januar wurde die Statistik der französischen Zölle für das gesamte Vorjahr veröffentlicht, aus der zu ersehen war, daß der Gesamtwert des Außenhandels beträchtlich abgenommen hatte. Während er 1920 rund 76 Milliarden fr betragen hatte, belief er sich 1921 auf nur rund 45 Milliarden. Am stärksten ist der Rückgang der Einfuhr, die 1920 50 Milliarden, 1921 23,548 Milliarden fr betrug. Dem Gewicht nach waren das 1920 50,5 Mill., 1921 38 Mill. t. Der Wert der Ausfuhr hat sich um fast 5,5 Milliarden fr vermindert. Die Quantität dagegen hat zugenommen: Sie betrug 1920 12,855 Mill. t, 1921 16 Mill. t. Der Überschuß der Einfuhr, der 1920 23 Milliarden fr betragen hatte, bemaß sich 1921 auf kaum mehr wie 2 Milliarden fr. Die Verminderung des Einfuhrüberschusses ist also nicht in einem Anwachsen der Ausfuhr, sondern in einer Abnahme der Einfuhr begründet.

Besonders stark ist der Rückgang der Nahrungsmittelfuhr gewesen: Es wurden 1920 für 12 Milliarden fr oder 6 195 000 t Getreide, 1921 6 Milliarden fr oder 4 066 000 t eingeführt. Fertigfabrikate sind dem Wert nach im vergangenen Jahre 60 % weniger — der Quantität nach 40 % weniger eingeführt worden. Während diese beiden Posten als erfreuliches Zeichen einer Verbesserung der Handelsbilanz betrachtet werden konnten, bedeutet der Rückgang der Rohstoffeinfuhr ein

unerfreuliches Symptom. Die Produktion der französischen Industrie befindet sich noch lange nicht auf der Vorkriegshöhe, wenngleich seit November sich die Verhältnisse einigermaßen gebessert haben. Während die Einfuhr von ausländischen Rohstoffen im Durchschnitt 800 Mill. fr im Monat nicht überstiegen hatte, wurden im November solche für 1450, im Dezember 1865 Mill. fr bezogen. Ein Vergleich des Außenhandels mit 1913 scheint nicht angebracht, da die Entwertung des Frank und andere Faktoren mit berücksichtigt werden müssen. Der Warenmenge nach stand die Einfuhr 1921 um 15 %, die Ausfuhr um 27 % hinter den Zahlen des letzten Friedensjahres zurück.

Interessant ist folgende Übersicht über die Verteilung des französischen Außenhandels auf die verschiedenen Länder:

Einfuhr:	1921	1920 (in 1000 fr)	Differenz
Deutschland	2 476 446	2 667 963	— 191 517
England	3 166 585	10 318 193	— 7 151 608
Belgien	1 793 337	3 325 484	— 1 532 147
Schweiz	398 493	1 043 905	— 645 412
Spanien	509 378	1 052 480	— 543 102
Italien	567 657	1 282 549	— 714 892
Vereinigte Staaten	3 581 789	10 866 102	— 7 284 313
Brasilien	557 065	901 107	— 344 042
Argentinien	832 875	2 991 686	— 2 158 811
Sonstiges Ausland	6 535 035	11 927 365	— 5 392 330

Ausfuhr:

Deutschland	2 356 271	1 502 118	+	854 153
England	3 354 837	4 233 267	—	878 430
Belgien	4 090 876	4 478 937	—	388 061
Schweiz	1 169 142	1 791 931	—	622 789
Spanien	589 309	969 531	—	380 222
Italien	771 334	1 248 742	—	477 408
Vereinigte Staaten	2 039 711	2 256 515	—	216 804
Brasilien	129 503	362 846	—	233 343
Argentinien	249 285	445 3/3	—	196 038
Sonstiges Ausland	4 138 490	5 575 749	—	1 437 259

Demnach weisen alle Länder erhebliche Rückgänge ihrer Exporte nach Frankreich auf, während Frankreichs Ausfuhr nach allen Ländern gleichfalls zurückging — mit einziger Ausnahme Deutschlands. Das sehe beinahe danach aus, als gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer enger und ersprießlicher. „L'Exportateur français“ läßt daher denn auch in seiner Nummer 288 vom 6. 2. einen programmatischen Aufsatz in deutscher Sprache unter dem Titel „Die Wiedergestaltung unserer Handelsbeziehungen mit Deutschland“ erscheinen, in dem es unter anderem heißt:

„Zum Schluß möchten wir noch auf die unzähligen Vorteile hinweisen, die aus einer deutsch-französischen wirtschaftlichen Verständigung hervorgehen würden. Die Industrien beider Länder ergänzen sich gegenseitig; was der eine nicht produziert, hat der andere. Dieses natürliche Verhältnis darf nicht durch eine eigennützige und nationale Zollpolitik beeinträchtigt werden. In letzter Zeit ist in unseren Handelskreisen und speziell im besetzten Gebiet sehr viel von einem wirtschaftlichen Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich gesprochen worden. Die Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller im Rheinland sieht in diesem Abkommen das einzige Mittel, die bestehenden Beziehungen inniger zu gestalten. Jedoch die Lösung dieser Frage hängt in erster Linie vom guten Willen beider Länder ab und wir glauben mit Bestimmtheit der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß man auch in Deutschland gewillt ist, in normale Handelsbeziehungen mit uns zurückzukehren. Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete, das ganze Wirtschaftsleben Zentral- und Osteuropas, diese Probleme sind alle abhängig von der zukünftigen Wirtschaftspolitik der beiden größten Produzenten des Kontinents. Vergessen wir sämtliche nationale Gegensätze und arbeiten wir zusammen an der Wiedergestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Länder.“

Dieser „vielversprechende“ Aufsatz erweist sich nun leider als Bluff . . . oder als ein recht durchsichtiges Manöver zur Beeinflussung der deutschen Leser dieser Zeitschrift, denn der französische Text auf den folgenden Seiten der gleichen Nummer klingt wesentlich anders. Unter der Überschrift „Où en sont les relations commerciales franco-allemandes“ schreibt Saint Gall wörtlich:

„Es scheint, als ob die Interessengegensätze Frankreichs und Deutschlands unausgleichbar seien. Das Mißtrauen regiert und die politische Spannung als Folge dieses Mißtrauens ruft bald stärkere, bald schwächere Verwirrungen hervor, die die Handelsgeschäfte durch den ständigen Wechsel unmöglich machen.“

Zum Schluß wird natürlich behauptet, es fehle Deutschland keineswegs an Geld, seine Schulden zu bezahlen, es wolle dies bloß nicht, sei böswillig, treibe eine doppelte Politik und entwickle sich zu einer neuen Gefahr. Difficile est satiram non scribere. . .

Bei der Beratung des französischen Budgets — das in einem weiteren Aufsatz eingehend behandelt werden soll — ist von verschiedenen Seiten mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die indirekten Steuern und Monopole 1921 nur 13 233,7 Mill. fr, also 1112,5 Mill. weniger erbrachten als im rektifizierten Voranschlag vorgesehen worden war. Der jüngst stattgehabte Kongreß der Interessenten des Außenhandels und der Industrie hat daraufhin einen ener-

gischen Kampfs gegen die Staatsmonopole eingeleitet. Die französische Industrie- und Handelswelt strebt nicht mehr und nicht weniger als die völlige Befreiung des Wirtschaftslebens von jedem staatlichen Einfluß und Eingriff an; in einer Resolution des Kongresses hieß es, der Staat habe auf jede industrielle und wirtschaftliche Betätigung zu verzichten und das Gesetz über die Einschränkung des freien Handels zu revidieren. Außerdem wurde auf die nachteiligen Folgen der Verkürzung des Arbeitstages und die Notwendigkeit der Bekämpfung der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterschaft nachdrücklich hingewiesen. Durch diese Nachsätze wurde von Anfang an Klarheit darüber geschaffen, worauf es den Führern der französischen Handels- und Industriewelt im Grunde ankam. Der Krieg hatte auch in Frankreich dem Staate eine Reihe von wirtschaftlichen Prärogativen verliehen, mit denen jetzt aufgeräumt werden sollte; man stellt heute daher die Verhältnisse mit Vorliebe so dar, als seien Schritte in der Richtung zur Zwangswirtschaft unternommen worden, die zum Staatssozialismus führen müßten. Dieser Entwicklung beizeiten Halt zu gebieten, gilt als nationales Ziel; die reaktionär-chauvinistische Politik des nationalen Blocks griff daher mit Vorliebe die neue Parole eines Kampfes gegen den Staat als Unternehmer auf und, um letztlich dem Achtstundentag ein Ende zu bereiten und den „Sozialismus“ zu bekämpfen, übte man Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung, die in der Tat in der Frage der Übernahme der amerikanischen Heeresbestände weitgehend versagt hatte. Bekanntlich überließen die Amerikaner ihre sehr umfangreichen Vorrats- und Warenbestände der französischen Regierung; es wurde Frankreich ein Kredit von 400 Mill. \$ (d. h. damals von 5 Milliarden fr) verzinlich mit 5 % auf zehn Jahre eingeräumt. Es ist der Regierung nun nicht gelungen, dieses glänzende Geschäft auch nur halbwegs zufriedenstellend abzuwickeln; ein großer Teil der Waren wurde direkt verschleudert, wodurch die Preise stark gedrückt wurden und der französischen Industrie von ihrer eigenen Regierung in einer Weise Konkurrenz gemacht wurde, daß eine Reihe verschiedener Industriezweige ihre Betriebe zeitweilig schließen mußten und starke Verluste erlitten. Die Wirtschaftskrise, die das ganze vergangene Jahr über anhielt und heute noch anhält, ist z. T. diesen amerikanischen Warenvorräten zuzuschreiben und hat den jetzt auf der ganzen Linie entbrannten Kampf gegen die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates in weiten Kreisen populär gemacht.

Vergebens war die Leitung der Staatsmonopole bemüht, den Beweis zu erbringen, wie günstig die Resultate der Monopolpolitik z. T. wären. Das Streichholzmonopol bringt z. B. 50 Mill. fr Reineinnahme im Jahre ein. Derartige Argumente verfangen jedoch bei den Vertretern der „liberalen Weltanschauung“ nicht, das Mißtrauen gegen den étatsisme ist zu fest eingewurzelt, als daß es widerlegt werden könnte. Der Staat, auf den die Arbeiterschaft nach der Meinung dieser Kreise einen zu großen Einfluß habe, soll sich auf seine natürlichen Grundlagen beschränken und prinzipiell darauf verzichten, Unternehmer sein zu wollen. Man muß diese Bewegung in den weltwirtschaftlichen Zusammenhang einstellen, um ihre Bedeutung voll zu ermessen: es handelt sich nicht darum, ob der Staat gut oder schlecht wirtschaftete, sondern um weit mehr: die Sozialisierungstendenzen in den anderen großen Wirtschaftsländern haben den französischen Unternehmer angst gemacht, — der aufgedrungene Achtstundentag hat Frankreichs Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, nach der Meinung dieser Kreise, deren Wortführer kein geringerer als André Tardieu ist, gefährdet. Um späterhin nicht noch weitere Konzessionen machen zu müssen, den nationalen Kurs

auszunutzen und die Vormachtstellung des Großkapitalismus endgültig zu sichern, unternimmt man heute die Generaloffensive gegen den L'étatisme, deren Resultat kaum zweifelhaft sein könnte. Mit den Kommunisten ist man z. T. schon fertig geworden, mit der sozialistischen C. G. T. hofft man es zu werden, zumal alle größeren Streiks, so der der Textilindustrie im Norden, mit einer Schwächung der Arbeiterparteien geendigt haben. Der Hauptgrund der gerade jetzt lebhaft gewordenen Aktion scheint jedoch nicht nur in dem Wunsche, den sozialen Status quo zu erhalten, sondern in den Befürchtungen zu liegen, die das Wiesbadener Abkommen der deutschen Sachlieferungen hervorgerufen hat. Die Sachlieferungen kommen wiederum dem Staate zugute, der den größten Einfluß auf Vertrieb und Verteilung der Waren haben würde und damit erneut seine wirtschaftliche Position der Industrie und dem Handel gegenüber stärken könnte. Durch deutsche Reparationslieferungen sind einzelne Zweige der französischen Industrie bereits so schwer geschädigt worden, daß viele Unternehmer es im Grunde lieber hätten, wenn die Reparationsfrage anders gelöst würde, d. h. irgendwie so, daß ihnen auf ihrem Gebiet nicht immer wieder die Absatzmöglichkeiten ihrer Waren genommen würden. Die Klagen mehren sich immer mehr, bald ist es die Schwerindustrie, die sich vor neue Schwierigkeiten durch die billige deutsche Kohle gestellt sieht, bald die Fischereiunternehmungen, der Holzhandel usw. Es ergibt sich somit in der Reparationsfrage ein charakteristischer Gegensatz zwischen dem wirtschaftlichen Staatsinteresse und demjenigen der Privatwirtschaft.

So stehen die Dinge heute, wo der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits sehr weit fortgeschritten ist. Bereits am 1. 11. v. J. waren 1,5 Mill. ha von den insgesamt 2 Mill. ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, die der Krieg verheert hatte, wieder angebaut und vier Fünftel der im zerstörten Gebiet gelegenen industriellen Betriebe mit 50 % ihres Personals der Vorkriegszeit wieder im Gange. Da man in drei Jahren soviel zustande gebracht hat, so läßt sich ermessen, wie bald der Wiederaufbau weiter gefördert sein wird; die Reparationen sollen jedoch jahrzehntelang gezahlt werden — bis sie die französische Produktion aufs schwerste schädigen werden! Das Tempo der französischen Produktionszunahme verlangsamt sich daher immer mehr. Victor Cambon gibt z. B. folgende Angaben über die Entwicklung der metallurgischen Industrie in Frankreich, Deutschland, England und den Vereinigten Staaten:

	1913	In Mill. T.			
		1917	1919	1921	
Vereinigte Staaten	31	42,6	32	18	
Deutschland	19	15	7,5	9	
England	9	9,5	7,5	3	
Frankreich	5	2	2,6	2,8	

Frankreich hat also durch die Zuteilung der lothringischen Minen vorläufig noch nichts gewonnen; Deutschland, das eine so enorme Einbuße an Produktionsstätten erlitten hat, steht jedoch, wie Victor Cambon es darstellt, so günstig da, daß es unsinnig sei, den Traum zu hegen, Frankreich hätte nun Aussichten eine vorherrschende Stellung auf dem Gebiete der Metallurgie auf dem Kontinent zu gewinnen. („L'Information“ vom 1. 2.).

Dr. Hans von Eckardt

Holland

Handelsbewegung 1921 — Handelspolitik

Amsterdam, Ende Februar 1922.

Die Ziffern der niederländischen Handelsbewegung im abgelaufenen Jahre zeigen eine recht interessante Entwicklung. Sie stellen sich, in der hier üblichen amtlichen Gruppierung folgendermaßen dar:

Handelsbewegung (in Mill. fl.):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1920	1921	1920	1921
1. Tiere u. tierische Produkte....	121,6	109,2	375,2	389,3
2. Pflanzliche Erzeugnisse.....	603,4	543,1	226,5	208,0
3. Mineral. u. metall. Stoffe u. Erzeugnisse hi-raus	788,5	466,0	147,0	195,1
4. Mehl u. Mehlprodukte.....	48,9	59,0	44,8	51,0
5. Chemische Produkte, Heilmittel, Farbstoffe usw.	78,4	51,2	51,6	33,3
6. Öl. Harz. Pech, Teerprod. usw.	240,9	143,8	161,6	115,5
7. Holz u. Erzeugnisse daraus....	236,6	125,8	16,0	10,7
8. Häute, Felle, Lederwaren usw.	83,0	50,2	58,0	28,9
9. Garn, Tau, Textilien usw.	410,3	233,0	223,0	129,8
10. Keramische u. verwandte Prod.	27,9	31,0	13,4	8,8
11. Glas.....	17,2	12,3	21,6	9,6
12. Papier u. Papierwaren.....	59,8	30,0	69,8	34,0
13. Nahrungs- u. Genußmittel (nicht unter obige Gruppen fallend)	229,3	150,1	170,7	145,2
14. Fahrzeuge aller Art.....	109,4	61,2	20,2	24,1
15. Diverse.....	312,6	222,5	109,0	88,2
Zusammen	3367,8	2288,5	1748,5	1471,6
„ ohne Gold u. Silber	3332,4	2240,2	1701,5	1369,6

Sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr bleibt hinter den Ziffern des Vorjahres erheblich zurück. Die Entwicklung des niederländischen Handels seit dem letzten Kriegsjahr geht monatsweise aus nachstehender Übersicht hervor. (Diese und alle folgenden Tabellen geben die Ziffern ohne Gold, Silber, gemünzt und ungemünzt.)

		Einfuhr in Mill. fl.				Ausfuhr in Mill. fl.			
		1918	1919	1920	1921	1918	1919	1920	1921
Januar....	68,0	75,1	256,2	214,1	51,4	41,3	135,9	115,8	
Februar....	45,9	106,2	233,6	170,5	51,4	44,5	113,3	121,0	
März....	48,9	148,8	187,9	213,8	47,4	52,7	68,2	107,2	
April....	35,3	189,6	203,6	195,8	30,7	50,8	99,4	108,8	
Mai.....	35,1	257,0	298,5	168,1	35,8	46,2	170,4	93,8	
Juni.....	30,3	258,2	345,4	188,6	23,0	123,3	179,5	120,8	
Juli.....	47,8	274,3	314,9	170,7	35,0	133,6	177,1	105,4	
August....	40,6	313,4	268,0	183,6	25,5	163,8	130,0	142,6	
September	67,7	298,1	317,4	197,3	27,6	162,1	166,0	135,7	
Oktober..	67,7	319,8	337,3	179,0	12,7	214,6	148,1	114,7	
November.	57,9	296,4	270,8	175,8	15,3	171,2	156,6	106,6	
Dezember	63,3	289,0	298,9	180,0	22,3	154,2	156,9	97,1	
Zusammen	608,4	2825,7	3332,4	2240,2	381,2	1411,3	1701,5	1369,6	

Klar ist aus diesen Zahlen das rasche Ansteigen des Wertes des holländischen Ein- und Ausfuhrhandels seit dem Waffenstillstand ersichtlich. Mit dem Juni 1920, der sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr mit 345,4 und 179,5 Mill. Gulden Höchstziffern aufweist, bricht die aufsteigende Linie ab, und wenn sich auch im Herbst 1920 noch eine leichte Belebung zeigt, so wird in all diesen Zahlen der Einfluß der Wirtschaftskrisis immer deutlicher. Das zweite Halbjahr 1921 sieht bei der Einfuhr nur mehr wenig schwankende Ziffern: die Stagnation ist aus ihnen deutlich ablesbar. Die Ausfuhr hingegen weist stärkere Schwankungen auf, doch bleiben auch hier die Zahlen stark hinter denen des Jahres 1920 zurück. Bemerkenswert ist indessen, daß es, wie die folgende Übersicht ausweist, im allgemeinen gelungen ist, in dem Zeitraum seit Beginn der Krisis die Einfuhrüberschüsse fast regelmäßig herabzusetzen. Sie fallen von 427,1 und 445,1 Mill. Gulden in den beiden letzten Vierteljahren 1920 auf 170,9 im dritten Vierteljahr 1921 und steigen nur unwesentlich auf 216,3 im letzten Vierteljahr 1921.

Einfuhrüberschüsse (in Mill. fl):

Zeitraum	Einfuhr 1920	Einfuhr 1921	Ausfuhr 1920	Ausfuhr 1921	Einfuhrüberschuß 1920	Einfuhrüberschuß 1921
1. Viertelj.	677,7	598,5	317,5	344,1	360,2	254,4
2. „	847,5	552,4	449,3	323,4	398,2	229,0
3. „	900,2	554,6	473,1	333,7	427,1	170,9
4. „	906,7	534,7	461,6	318,4	445,1	216,3
Zusammen	3332,1	2240,2	1701,5	1369,6	1630,6	870,6

Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man die Mengenbewegung der beiden letzten Wirtschaftsjahre miteinander vergleicht:

Mengenbewegung (in 1000 t):

Zeitraum	Einfuhr 1920	Einfuhr 1921	Ausfuhr 1920	Ausfuhr 1921
1. Viertelj.	2831,7	3480,7	794,6	1003,9
2. „	3299,6	4467,7	1062,3	1486,1
3. „	3761,8	4594,2	1067,8	1478,5
4. „	3917,4	4675,2	1289,9	1746,1
Zusammen	13810,5	17217,8	4214,6	5714,6

Nicht nur, daß sich bei der Einfuhr eine Steigerung der Mengen von 13810,5 auf 17217,8 Mill. kg und bei der Ausfuhr eine solche von 4214,6 auf 5714,6 ergibt, es zeigt sich, daß diese Zunahme sowohl bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr in den einzelnen Vierteljahren eine nahezu gleichmäßige und ununterbrochene ist. Zweierlei geht mit großer Deutlichkeit aus diesen Ziffern hervor: erstens, daß der Umfang der Handelstätigkeit nicht gesunken ist, und somit der Rückgang der Wertmengen ausschließlich auf Rechnung der gesunkenen Großhandelspreise gestellt werden muß, und zweitens, da sich die Mengen der Einfuhr zu denen der Ausfuhr ungefähr wie 3 : 1, die Werte aber wie 1,5 : 1 verhalten, daß die Niederlande im allgemeinen Rohstoffe ein-, Halb- und Fertigprodukte aber ausführen, also in den letzten Jahren eine recht merkbare Entwicklung in der Richtung zum Ackerbau-Industrie-Handelsstaat durchgemacht haben.

Ziemlich deutlich zeigen dies auch die beiden nachstehenden Übersichten der wichtigsten Ein- und Ausfuhrartikel. Wichtigste Einfuhrartikel

Gegenstand	Gewicht in 1000 kg	Wert in 1000 fl	Wichtigste Einfuhrländer 1)
Steinkohle	4894 313	115 444	Großbrit., Deutschland, Belgien, Ver. Staaten
Weizen	519 512	100 694	Ver. Staat., Argent., Belg.
Mais	900 058	95 403	Ver. Staat., Argent., Kanada
Leinsaat	272 810	55 579	Argentinien
Nadelholz, ges. usw.	664 198	52 840	Deutschl., Finnland, Schwed.
Kopra	116 681	43 955	Niedl. Ind., Malakka, Ceyl.
Baumwollgarn	25 466	41 790	Großbritannien
Leinkuchen	187 808	32 767	Ver. Staaten, Deutschland
Werkzeuge	27 674	28 655	Deutschland
Chilisalpeter	121 941	24 782	Chile
Baumwolle, roh	21 844	24 458	Ver. Staaten, Großbrit.
Weizenmehl	89 046	23 688	Ver. Staaten
Stabeisen (Winkel, T-Eisen) usw.	164 104	22 013	Deutschland
Petroleum	155 993	21 976	Ver. Staaten, Mexiko
Zement	457 365	21 839	Belgien, Deutschland
Eisenbleche	113 989	21 747	Deutschland, Großbrit., Ver. Staaten
Div. Eisen- u. Stahlw.	42 737	21 308	Deutschland, Großbrit.,
Woll- u. Halbwollw.	2 229	20 849	Großbritannien, Frankreich, Deutschland
Kleidung f. Frauen, Mädchen u. Kinder	1 492	20 536	Deutschland, Frankreich
Baumwollsaatöl	37 071	20 226	Ver. Staaten
Gefrierfleisch	22 489	20 077	Argentinien, Großbritannien
Santokaffee	27 990	19 541	Brasilien
Gerste	139 470	18 650	Ver. Staaten, Rumänien
Kokosöl	31 840	18 299	Niedl. Ind., Ceyl., Philipp.
Kakaobohnen	32 628	18 052	Brit. Westafrika, Großbrit.
Schienen usw.	94 779	16 641	Deutschland, Belgien
Geschälter Reis	72 280	16 034	Ver. Staaten, Brit.-Indien

1) D. h. Länder, die an der Einfuhr des betr. Artikels mit je mindestens 10% beteiligt sind.

Diese Artikel bilden mit zusammen 937,9 Mill. fl 41,8 % der holl. Ausfuhr. Zwischen 10 und 15 Mill. fl betrug die Einfuhr nachstehender Artikel:

Benzin	14,7 Mill. fl	Mauersteine	
Pflanzungskautsch.	14,4 „	Straßenklinker	11,6 Mill. fl
Gewirkte n. Trikotw.	14,3 „	Heizöl	11,3 „
Sojabohnenöl	13,6 „	Holz Möbel	11,2 „
Personenautos	13,6 „	Div. Werkz. u. App.	10,9 „
Elektrische Generatoren u. Motoren	13,3 „	Amerikan. Kaffee	10,7 „
Niederl. ind. Kaffee	12,5 „	Oleomargarine	10,7 „
Baumwollw.-gefrbt.	12,3 „	Krämerei- u. Galanteriewaren	10,6 „
Rundholz usw.	11,7 „	Schuhe usw.	10,5 „

Wichtigste Ausfuhrartikel

Gegenstand	Gewicht in 1000 kg	Wert in 1000 fl	Wichtigste Ausfuhrländer 1)
Käse	52 290	67 706	Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbrit.
Zucker	159 829	62 240	Großbritannien, Türkei
Margarine	69 468	57 632	Großbritannien
Butter	20 198	48 670	Frankr., Belg., Großbrit.
Baumwollw.-gebl.	10 336	39 674	Niederl.-Indien
Kokosöl	64 431	37 772	Deutschl., Belg., Großbrit.
Kartoffel	493 956	32 321	Belgien, Deutschland
Kondensmilch (gez. Magermilch)	50 830	31 592	Großbritannien
Leinöl	66 029	23 613	Deutschland, Ver. Staaten
Schweinefleisch, gesalz., u. Speck	14 291	23 613	Großbritannien
Schweinefleisch, fr.	17 941	22 860	Großbritannien, Schweiz
Blumenzwiebeln	22 813	22 437	Ver. Staaten, Großbrit., Schweden
Glühlampen	2 522	22 101	Frankreich, Italien
Kartoffelmehl	86 502	19 813	Deutschland, Großbrit.
Kondensmilch (gezuck. Vollmilch)	22 960	19 434	Großbritannien
Bunkerkohlen	696 734	19 356	Großbrit. (engl. Schiffe)

1) D. h. Länder, die an der Ausfuhr des betr. Artikels mit je mindestens 10% beteiligt sind.

Diese Artikel stellen mit zusammen 550,8 Mill. fl 40,2 % der holländischen Ausfuhr dar.

Zwischen 10 und 15 Mill. fl betrug die Ausfuhr nachstehender Artikel:

Baumwollw., bunt	14,9 Mill. fl	Pflanzungskautsch.	12,1 Mill. fl
Weizenmehl	14,0 „	Sojabohnenöl	11,5 „
Appar. u. Werkz. f. d. Zuckerindustr.	13,2 „	Pappe	10,6 „
Hering, gepök. usw.	12,8 „	Baumwollw.-gefärbt	10,6 „
Steinkohle	12,8 „	Flachs	10,3 „
Pferde, ält. als 3 J.	12,1 „	Eier	10,1 „
		Schweinefett, ausgel.	10,0 „

Wenngleich landwirtschaftliche Produkte in der Ausfuhr noch immer die ersten Plätze behaupten, so sind es doch solche, die bereits zum Teil „fabrikmäßig“ erzeugt werden, und auch die Ausfuhr von reinen Industriefabrikaten (Baumwollwaren, Glühlampen, Apparaten und Werkzeugen usw.) spielt eine erhebliche Rolle.

Schließlich sei in einer besonderen Übersicht noch die Handelsbewegung der Niederlande mit ihren fünf wichtigsten Ein- und Ausfuhrländern: Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Belgien und Niederländisch-Indien, gegeben.

Handelsbewegung mit den fünf wichtigsten Ein- und Ausfuhrländern

Land	Einfuhr 1000 t	Einfuhr Mill. fl	Ausfuhr 1000 t	Ausfuhr Mill. fl	Zusammen 1000 t	Zusammen Mill. fl
Deutschland	6 194,8	650,9	1041,3	260,8	7 236,1	911,7
Großbritannien	2 162,2	317,9	1280,1	355,6	3 442,3	673,7
Ver. Staaten	2 172,1	392,0	98,8	99,1	2 271,0	491,1
Belgien	3 793,5	226,7	1703,1	167,5	5 496,6	394,2
Niederl.-Indien	214,2	128,7	181,8	206,4	396,0	335,1
Zusammen	14 536,9	1716,2	4305,1	1089,6	18 842,0	2805,8

Die Handelsbewegung mit diesen fünf Ländern umfaßt bei der

Einfuhr ..	84,5 %	der Menge und	76,7 %	des Wertes der holl. Gesamteinfuhr,
Ausfuhr ..	75,3 " "	" "	79,7 " "	des Wertes der holl. Gesamtausfuhr, und
zusammen	82,2 " "	" "	77,8 " "	des Wertes des holl. Außenhandels.

Auch für die politische — neutrale — Haltung des Landes sind diese Zahlen sicher nicht ohne Bedeutung. — Deutschland allein ist mit 29 % an dem Werte der Einfuhr, mit 19,9 % an dem der Ausfuhr und mit 25,3 % an dem des Gesamthandels beteiligt. —

Zeitweise hatte es in den letzten Monaten den Anschein gehabt, als ob die von weiteren Kreisen gepredigte Abkehr vom Freihandel — unter dem Einfluß der Unterbietung so vieler holländischer Industrien durch das valutasthwächere Ausland eine nicht ganz unbegreifliche Erscheinung — Erfolg haben würde. Man darf aber heute mit ziemlicher Sicherheit in Aussicht stellen, daß ein Umschwung der niederländischen Handelspolitik kaum zu erwarten ist. Zwei Ereignisse geben diese Überzeugung. Erstens haben sich die Mitglieder der Nederlandsche Maatschappij voor Nijverheid en Handel — die älteste und vornehmste holländische Organisation von Industrie und Handel — in einer am 31. 1. zu Utrecht abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft für ein Festhalten am Freihandel ausgesprochen, die Erhöhung bestehender und Einführung neuer Einfuhrzölle, sowie Einfuhrverbote, Valutazuschläge, geldlicher Subsidien, Exportkredite durch den Staat, abgelehnt, und auch die Bewilligung höherer Preise an die niederländische Industrie als an Auslandslieferanten durch die öffentlichen Körperschaften, für nur ausnahmsweise wünschenswert erklärt. Dann aber, — und dem kommt besondere Bedeutung zu, — hat auch die „Kommission für Wirtschaftspolitik“ einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Diese Kommission stellt eigentlich ein kleines Wirtschaftsparlament dar und hat amtlichen Charakter. Sie umfaßt Vertreter der interessierten Ministerien, des Handels, der Industrie, Schifffahrt, Banken, Interessentenvertretungen der Arbeitnehmer

und Arbeitgeber. Das über ihre Beschlüsse ausgegebene amtliche Kommuniké lautet:

„Am 18. 2. versammelte sich obige Kommission zur Erörterung des Gutachtens ihrer Subkommission, welche den Auftrag hatte, zu untersuchen, was geschehen könnte, um die heutige Depression im Wirtschaftsleben zu mildern, und zu prüfen, ob hierzu eine der nachstehenden Maßregeln genommen werden kann und soll:

1. Erlaß von Einfuhrverboten und/oder Erhöhung von Einfuhrzöllen;
2. Kreditverleihung;
3. Zuerkennung besonderer Vorrechte an niederländische Firmen oder Industrien von Regierungswegen.

Die Kommission erklärte mit großer Mehrheit, daß die Erhöhung der Einfuhrzölle nicht erwünscht ist.

Bei der Frage, ob es wünschenswert sei, der Regierung die Ermächtigung zu geben (dies wäre durch ein Gesetz zu regeln), in ganz besonderen Fällen Einfuhrverbote, welche in jedem einzelnen Falle nur einen vorübergehenden Charakter haben dürften, zu erlassen, herrschte Stimmengleichheit.

Weiter wurde mit großer Mehrheit der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung ermächtigt werde, außerordentliche Kredite zu gewähren:

- a) an lebensfähige Unternehmungen, welche durch die Krisisverhältnisse sich zeitweise in finanziellen Schwierigkeiten befinden;
- b) an Fabrikanten und in Ausnahmefällen an Händler, zwecks Erhaltung bestehender Handelsverbindungen im Ausland oder zu ihrer Wiedergewinnung.

All dies mit der Absicht, die Arbeitsgelegenheiten hierzulande, so sehr es nur möglich ist, nicht vermindern zu lassen.

Schließlich wurde auf Antrag der Subkommission der Wunsch ausgesprochen, daß im allgemeinen bei Bestellungen und Aufträgen durch das Reich oder öffentliche Körperschaften der niederländischen Industrie der Vorzug vor der ausländischen gegeben werden soll. . . .“

Vielfach hört man allerdings auch die Forderung vertreten, daß in der Frage der Valutazuschläge, Einfuhrverbote usw., künftig die Niederlande dem Reziprozitätsprinzip folgen sollen und daß bei der Bevorzugung der heimischen vor der fremdländischen Industrie nötigenfalls eine Preisspannung bis zu 15 % bewilligt werden sollte. Fast stets ist man sich aber darüber einig, daß dies Maßnahmen von nur vorübergehender Dauer sein dürfen und daß grundsätzlich am Freihandel festzuhalten sei.

Dr. Wilh. Mautner

Vereinigte Staaten

Der wachsende Anteil Europas am amerikanischen Außenhandel

New York, 12. Februar.

Der Anteil Europas an der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten ist wieder erstaunlich gestiegen und ist schon wieder größer als je zuvor seit dem ersten Kriegsjahr. Das setzt Europa auch in den Stand, mehr von der amerikanischen Ausfuhr abzunehmen, als zu erwarten gewesen war.

Das genauere zahlenmäßige Material über den Außenhandel der Vereinigten Staaten im Kalenderjahr 1921 zeigt, daß der Anteil Europas an der amerikanischen Einfuhr 30,4 % betrug, gegen 23 % im Jahre 1920, 19 % im Jahre 1919, 14 % im Jahre 1918. Tatsächlich hat Europa prozentmäßig einen geringeren Rückgang seines Anteils an der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten erlebt als die anderen Erdteile; denn der Rückgang der amerikanischen Einfuhr von Europa für das Jahr 1921 betrug gegenüber 1920 nur 38 %, währenddem der Rückgang der Einfuhr aus Kanada und Asien sich auf je 55 %, aus Afrika auf 60 % und aus Südamerika auf 61 % belief, welche Angaben natürlich auf dem deklarierten Wert der eingeführten Waren beruhen. Auch als Abnehmer amerikanischer Waren hat sich Europa eine bessere Position bewahrt als gewisse andere Erd-

teile oder Länder. Der Rückgang der Ausfuhr des Jahres 1921 nach Europa betrug nur 47 %, gegenüber dem Vorjahr, der Rückgang der Ausfuhr nach Südamerika und Afrika 56 %. Diese Rückgänge sind teils auf die niedrigeren Preise, teils auf den Rückgang in der Menge der ausgeführten Industrie- rohstoffe und Nahrungsmittel zurückzuführen.

Der überraschend günstige Stand der Einfuhr von Europa im Jahre 1921 beruht zweifellos mindestens teilweise auf der Art der Waren, die es benötigt, und derer, welche es im Austausch anzubieten in der Lage ist. Es benötigt Nahrungsmittel und Rohstoffe für seine Industrien, und da die Vereinigten Staaten an beiden im Jahre 1920 über ungewöhnlich große Vorräte verfügten und die Preise niedrig waren gegenüber dem Vorjahr, so war Europa in der Lage, in überraschend großen Mengen zu kaufen. Dazu kam, daß das, was Europa verkaufte (in der Hauptsache Industrieerzeugnisse), keinen so starken Preisrückgang erfahren hatte und daß obendrein die amerikanischen Importeure, in Erwartung höherer Warenzölle, sich über die laufenden Markttbedürfnisse hinaus im Laufe des Jahres 1921 eingedeckt hatten, um den Überschuß mit gutem

Verdienst nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifgesetzes zu verkaufen, — welches, wie man erwartet, der Senat in den nächsten Monaten beschließen wird.

Ein weiterer Beweis für die Absatzfähigkeit europäischer Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten beruht auf der Tatsache, daß der Anteil der Industrieerzeugnisse an der amerikanischen Einfuhr im Kalenderjahr 1921 größer war als in allen anderen Jahren seit Kriegsbeginn, und natürlich stammt der weitaus größte Teil der Einfuhr an Industrieartikeln aus Europa. Der Anteil der Industrieerzeugnisse an der Gesamteinfuhr des Kalenderjahres 1921 betrug 38 % gegen 32 % im

Jahre 1920 und 28 % im Jahre 1919. So gut wie sämtliche von den Vereinigten Staaten eingeführten Industrieerzeugnisse stammen aus Europa. Der Rückgang des Wertes der Einfuhr der Vereinigten Staaten an Fertigwaren betrug 29 %, der an Rohstoffen für die Verarbeitung in der Industrie 52 % und der an Nahrungs- und Genußmitteln 63 %, wobei stets zu bedenken bleibt, daß bei den Industrieerzeugnissen der Preisrückgang weit geringer gewesen ist als bei den Nahrungsmitteln.

O. P. Austin,

Statistiker der New York National City Bank

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	H a m b u r g									
		22. 2.	23. 2.	24. 2.	25. 2.	27. 2.	28. 2.	29. 2.	30. 2.	31. 2.	1. 3.
Wien.....100 K neu.	85,-	41 ¹ / ₂ — 51 ¹ / ₂	4 — 5	41 ¹ / ₄ — 51 ¹ / ₄	4 — 5	4 — 5	4 — 5	4 — 5	4 — 5	4 — 5	4 — 5
Budapest...100 K.....	85,-	30 ¹ / ₄ — 31 ¹ / ₄	30 ¹ / ₂ — 31 ¹ / ₂	30 ¹ / ₄ — 31 ¹ / ₄	31 — 32	31 ³ / ₄ — 33	32 — 33	32 — 33	32 — 33	32 — 33	32 — 33
Prag.....100 K.....	85,-	385 ¹ / ₂ — 402	363 — 397	374 — 387	390 — 395	404 — 413	395 ¹ / ₂ — 410	395 ¹ / ₂ — 410	395 ¹ / ₂ — 410	395 ¹ / ₂ — 410	395 ¹ / ₂ — 410
Amsterdam 100 fl.....	168,75	8165 — 8410	8190 — 8297 ¹ / ₂	8352 ¹ / ₂ — 8447 ¹ / ₂	8477 ¹ / ₂ — 8535 ¹ / ₂	8665 — 8822 ¹ / ₂	8600 — 8860	8600 — 8860	8600 — 8860	8600 — 8860	8600 — 8860
Kopenhagen 100 Kr.....	112,50	4420 — 4530	4495 — 4540	4570 — 4605	4620 — 4645	4745 — 4830	4745 — 4835	4745 — 4835	4745 — 4835	4745 — 4835	4745 — 4835
Stockholm...100 Kr.....	112,50	5645 — 5755	5695 — 5745	5807 ¹ / ₂ — 5855	5870 — 5905	5995 — 6045	5950 — 6100	5950 — 6100	5950 — 6100	5950 — 6100	5950 — 6100
Kristiania...100 Kr.....	112,50	3620 — 3690	3645 — 3730	3720 — 3780	3775 — 3800	3870 — 3915	3832 ¹ / ₂ — 3965	3832 ¹ / ₂ — 3965	3832 ¹ / ₂ — 3965	3832 ¹ / ₂ — 3965	3832 ¹ / ₂ — 3965
Helsingfors 100 FM.....	81,-	432 ¹ / ₂ — 437 ¹ / ₂	430 — 440	435 — 444	443 — 448	453 — 469 ¹ / ₂	460 — 470	460 — 470	460 — 470	460 — 470	460 — 470
Zürich.....100 fr.....	81,-	4125 — 4265	4195 — 4235	4245 — 4305	4325 — 4392 ¹ / ₂	4420 — 4517 ¹ / ₂	4425 — 4485	4425 — 4485	4425 — 4485	4425 — 4485	4425 — 4485
Madrid.....100 Pesetas	81,-	3370 — 3480	3395 — 3455	3480 — 3530	3520 — 3570	3620 — 3705	3610 — 3692 ¹ / ₂	3610 — 3692 ¹ / ₂	3610 — 3692 ¹ / ₂	3610 — 3692 ¹ / ₂	3610 — 3692 ¹ / ₂
Rom.....100 Lire.....	81,-	1052 ¹ / ₂ — 1102 ¹ / ₂	1057 ¹ / ₂ — 1095	1102 ¹ / ₂ — 1120	1115 — 1135	1167 ¹ / ₂ — 1202 ¹ / ₂	1182 ¹ / ₂ — 1222 ¹ / ₂	1182 ¹ / ₂ — 1222 ¹ / ₂	1182 ¹ / ₂ — 1222 ¹ / ₂	1182 ¹ / ₂ — 1222 ¹ / ₂	1182 ¹ / ₂ — 1222 ¹ / ₂
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1832 ¹ / ₂ — 1892 ¹ / ₂	1847 ¹ / ₂ — 1877 ¹ / ₂	1882 ¹ / ₂ — 1910	1887 ¹ / ₂ — 1902 ¹ / ₂	1962 ¹ / ₂ — 1987 ¹ / ₂	1957 ¹ / ₂ — 1997 ¹ / ₂	1957 ¹ / ₂ — 1997 ¹ / ₂	1957 ¹ / ₂ — 1997 ¹ / ₂	1957 ¹ / ₂ — 1997 ¹ / ₂	1957 ¹ / ₂ — 1997 ¹ / ₂
Paris.....100 fr.....	81,-	1930 — 1982 ¹ / ₂	1947 ¹ / ₂ — 1975	1987 ¹ / ₂ — 2005	1990 — 2002 ¹ / ₂	2057 ¹ / ₂ — 2072 ¹ / ₂	2055 — 2102 ¹ / ₂	2055 — 2102 ¹ / ₂	2055 — 2102 ¹ / ₂	2055 — 2102 ¹ / ₂	2055 — 2102 ¹ / ₂
London.... 1 £.....	20,43	934 — 961	944 — 956	960 — 969 ¹ / ₂	978 — 984	998 — 1016	993 — 1018	993 — 1018	993 — 1018	993 — 1018	993 — 1018
New York... 1 \$.....	4,20	212 ³ / ₄ — 217	214 — 215 ³ / ₄	217 ¹ / ₂ — 220	222 ¹ / ₂ — 224 ¹ / ₄	226 ³ / ₄ — 230 ¹ / ₄	223 ³ / ₄ — 230 ³ / ₄	223 ³ / ₄ — 230 ³ / ₄	223 ³ / ₄ — 230 ³ / ₄	223 ³ / ₄ — 230 ³ / ₄	223 ³ / ₄ — 230 ³ / ₄
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	78 — 80	78 — 80	79 — 81	81 — 83	83 — 86	82 — 83	82 — 83	82 — 83	82 — 83	82 — 83
Rio de Jan... 1 Peso P.	0,85	27 ¹ / ₂ — 31 ¹ / ₂	28 ¹ / ₄ — 30 ¹ / ₄	29 — 31	29 ¹ / ₂ — 31 ¹ / ₆	30 — 32 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂ — 32 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂ — 32 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂ — 32 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂ — 32 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂ — 32 ¹ / ₂

	Parität	Berlin	Wien	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	Paris	London	New York
	M.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	27. 2.	28. 2.
Berlin.....100 M.....	100,-	—	2 859 ¹ / ₂	1,13 ³ / ₄	2,12	1,72	2,27	4,78	1016,-	0,43 ¹ / ₂
Wien.....100 K neu.	85,-	4,40	—	0,05 ¹ / ₂	—	—	0,09 ¹ / ₂	—	215,00 ²)	—
Budapest...100 K.....	85,-	32,45	11 397,-	—	—	—	0,73	—	3050,- ²)	—
Prag.....100 K.....	85,-	398,-	93 050,-	—	8,50	6,85	9,10	—	248 ¹ / ₂ ²)	1,75 ²)
Agram.....100 Dinare	81,-	—	7 800,-	—	—	—	1,55	—	—	—
Amsterdam 100 fl.....	168,75	8670,-	215 450,-	—	183,-	144,75	196,25	419,25	11,56 ⁷ / ₈	38,36
Kopenhagen 100 Kr.....	112,50	4820,-	132 975,-	55,-	—	79,25	107,50	—	21,08 ²)	20,90 ²)
Stockholm...100 Kr.....	112,50	6060,-	—	69,40	126,50	—	135,75	—	16,66 ²)	26,60 ²)
Kristiania...100 Kr.....	112,50	3895,-	—	45,-	81,90	64,50	87,75	—	25,82 ¹ / ₂ ²)	17,13 ²)
Helsingfors 100 FM.....	81,-	452,-	—	—	9,75	7,80	—	—	219,- ²)	—
Zürich.....100 fr.....	81,-	4495,-	124 975,-	51,15	93,50	73,90	—	214,-	22,63	19,56 ¹)
Madrid.....100 Pesetas	81,-	3690,-	—	41,72	—	—	81,75	174,75	27,56 ¹ / ₂	15,90 ¹)
Rom.....100 Lire.....	81,-	1212 ¹ / ₂	33 190,-	13,77	—	—	27,10	57,75	83 ⁵ / ₈	5 15 ¹)
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1975,-	—	22,60	41,50	33,-	44,40	94,75	50,80 ¹ / ₂	8 61 ¹)
Paris.....100 fr.....	81,-	2090,-	57 380,- ¹)	23,82 ¹ / ₂	42,60	34,50	46,80	—	48,24 ¹ / ₂	9,70
London.... 1 £.....	20,43	1009,-	282,90	11,54 ¹ / ₂	21,04	16,69	22,61	48,45	—	4,44
New York Kab. 1 \$.....	4,20	227 ¹ / ₂	6 348,-	2,60 ³ / ₄	4,77	3,76 ¹ / ₂	5,10 ¹ / ₂	10,93 ¹ / ₂	4,43 ⁵ / ₈	—
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	84,50	—	—	—	—	1,90	—	—	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

1) Kurs vom 27. 2.

2) Kurse vom 25. 2.

Buenos Aires..... 25. 2.: 1 \$ oro Arg. = 181,- M.

Valparaiso..... 22. 2.: 1 chil. Peso = 21,50 M.

Rio de Janeiro..... 27. 2.: 1 Milreis = 31,25 M.

Mexico..... 20. 2.: 1 \$ Gold = 107,- M.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.
Reichsmark.....	1,02	2,38	1,93	1,84	1,83
Dt. österr. Krone.....	0,91	—	—	0,01	—
Französ. Frank.....	49,64	59,17	47,92	46,80	50,28
Pfund Sterling.....	95,33	115,84	91,90	89,65	91,21
Dollar.....	104,72	127,88	100,94	98,36	—

Entwertungszahl 1)

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.	28. 2.
Reichsmark.....	51,38	42,96	54,01	55,49	54,17
Dt. österr. K. 28. 2.	1236	1005	—	1311	1285
Franz. Frank 28. 2.	2,01	—	—	2,14	2,11
Pfund Sterling 27. 2.	1,05	0 86 ²)	1 09 ²)	1,11	1,10
Dollar..... 28. 2.	0,96	0 78 ²)	0 99 ²)	1,01	—

1) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Währung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt. 2) 25. 2.

Diskontsätze

	letzte Ändrg.		letzte Ändrg.
Helsingfors... 9 %	8. 11. 20	Bukarest..... 6 %	4. 9. 20
Tokio..... 8 "	18. 11. 19	Prag..... 5 ¹ / ₂ "	16. 8. 21
Kalkutta..... 8 "	20. 2. 22	Kopenhagen... 5 ¹ / ₂ "	5. 11. 21
Lissabon..... 7 "	3. 9. 20	Paris..... 5 ¹ / ₂ "	28. 7. 21
Wien..... 7 "	29. 11. 21	Stockholm..... 5 ¹ / ₂ "	19. 10. 21
Warschau..... 7 "	9. 9. 21	Berlin..... 5 "	23. 12. 14
Sofia..... 6 ¹ / ₂ "	14. 6. 19	Brüssel..... 5 "	19. 5. 21
Athen..... 6 ¹ / ₂ "	15. 5. 20	London..... 4 ¹ / ₂ "	16. 2. 22
Moskau..... 6 "	29. 7. 14	New York F.R.B. 4 ¹ / ₂ "	2. 11. 21
Kristiania..... 6 "	29. 1. 22	Amsterdam... 4 ¹ / ₂ "	1. 7. 15
Rom..... 6 "	11. 5. 20	Schweiz..... 4 "	11. 8. 21
Madrid..... 6 "	4. 11. 20		

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	18. 2.	25. 2.
Alexandrien, £:	97½ Pst	97½ Pst	97½ Pst
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3½ - 1½ d	1 s 3½ - 1½ d
Hongkong, \$:	—	2 s 5½ - 6 d	2 s 4½ - 5½ d
Schanghai, Tael:	—	3 s 3½ - 4½ d	3 s 2 - 2½ d
Singapore, \$:	—	2 s 3½ - 3½ d	2 s 3½ - 3½ d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 2½ - 3 d	2 s 1½ - 2 d
Montev. T. T., \$:	51 d	44½ - 45½ d	44½ - 45½ d
Rio de Jan., Mil.:	27 d	7½ d	7½ d
Buen. Air. T. T., \$:	47,58 d	45½ - 46 d	45½ - 46 d
Valpar. 90 T., £:	13½ P-sos	40,60 \$	40,70 \$
Mexiko, S.:	24,58 d	26 - 28 d	25½ - 27½ d

*) Kurs vom 24. 2.

Der Vorbericht der „Sparkasse“ weist eine Erhöhung der Einlagen im Januar aus, die bei 26 Stakt, Kreis- u. Landes-kassen 151,9 Mill. M (- gegen 79,5 Mill. M bei denselben Instituten im Januar 1921) beträgt.

Geldmarkts-Sätze.

Berlin. Tägliches Geld:	über Ultimo:	New York	16. 2.	23. 2.
22. 2. 5 u. mehr	5½ u. mehr	tägliches Geld.....	4	5
23. 2. 5¼ „	5½ „	Bankwechs. FRB fähig:		
24. 2. 5¼ „	5½	Mitglieder (3 Monats-		
27. 2. 4½ „	5½	wechsel).....	4½/8	4½/8
28. 2.	5½ u. mehr	Nichtmitglieder.....	4½/8	4½/8
		(3 Monatswechsel)		
		Handelswechsel (3 Mon.)	4½/8-5	4½/8-5

London	Tägliches Geld	Privat-Diskont (3-Monatsw.)	Handelswechsel (3 Monate)
20. 2.	2½-3	3½-3½/16	4½-5
21. 2.	2½-3	3½	unveränd.
22. 2.	2½-3	3½-3½/16	„
23. 2.	2½-3½/2	3½-1½/2	„
24. 2.	2½-3½/2	3½-1½/8	„
25. 2.	2-2½/2	3½-3½/16	„

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Deutsche Schifffahrt in Westafrika. Nach der „Dép. Col.“ v. 17. 2. 22 stand die deutsche Schifffahrt in Monrovia (Liberia) im ersten Halbjahr 1921 an dritter, in Bissão (Portugiesisch-Guinea) an erster Stelle.

In Monrovia liefen ein 51 Engländer mit 153, 12 Nord-amerikaner mit 42, 15 Deutsche mit 25, 22 Holländer mit 24, 7 Franzosen mit 23, 11 Spanier mit 17 tausend Tonnen und 10 Schiffe anderer Nationalität mit zusammen 21 000 t. Auch bei der Einfuhr nahm Deutschland der Menge nach den dritten Rang ein; es führten ein: England 943, Vereinigte Staaten 241, Deutschland 176, Holland 169, Frankreich 3 Tonnen, andere Länder zusammen 108 Tonnen (besonders Dänemark und Norwegen). Auffallend ist das Mißverhältnis zwischen französischer Tonnage und Einfuhr.

In Bissão liefen ein: 20 Deutsche mit 29, 13 Franzosen mit 22, 7 Amerikaner und 8 Engländer mit je 21, 23 Portugiesen mit 19 tausend Tonnen und 26 Schiffe anderer Flaggen mit zusammen 24 000 t.

H. Z.

England

„Liverpool Journal of Commerce“ über deutsche Kapitalinteressen in der portugiesischen Schifffahrt. Das kürzlich auch von den deutschen Zeitungen wiedergegebene Gerücht, daß eine deutsche Finanzgruppe die ehemaligen, von Portugal während des Krieges beschlagnahmten deutschen Schiffe zu übernehmen beabsichtige, gibt dem „Liverpool Journal of Commerce“ Anlaß zu der Feststellung, daß die portugiesische Gesandtschaft in London die Überlassung der ex-deutschen Schiffe an deutsche Interessenten in Abrede stelle und versichere, daß lediglich die Reorganisation der portugiesischen Liniendienste vermittlest jener Schiffe erwogen werde. Die Erklärung genügt augenscheinlich dem englischen Blatte nicht. Es weist darauf hin, daß dieses diplomatische Dementi nichts gegen die Annahme sage, daß ein zum Betrieb dieser Schiffe gegründetes, nach außen hin in der Form einer portugiesischen Gesellschaft erscheinendes Unternehmen mit deutschem Gelde finanziert werde. Die Stinnesgruppe, von der man annehme, daß sie hier die Hand im Spiele habe, würde kaum offen hervortreten und ihre Absichten aller Welt mitteilen. Wenn Lord Curzon erklärt habe, daß die in Finanznöten befindliche portugiesische Regierung wegen der etwaigen Inanspruchnahme deutschen Kapitals nicht getadelt werden könne, und wenn er weiter anrede, daß englisches Kapital mit deutschem in der Finanzierung portugiesischer Schifffahrtsinteressen wetteifern möge, so zeige das deutlich, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, hier einzugreifen.

Das Journal jongliert dann weiter mit seiner unbewiesenen Annahme und konstruiert einen Zusammenhang zwischen der angeblichen Invasion deutschen Kapitals in Portugal und der von der portugiesischen Regierung neuerdings beschlossenen Vorzugsbehandlung der eigenen Schiffe in portugiesischen Häfen. Die Benachteiligung der fremden Flagge erstreckte sich zwar auf alle Nationen im gleichen Maße, aber es könne keine Frage sein, daß, falls das deutsche Kapital seinen Weg in die portugiesische Schifffahrt gefunden hätte, die Wirkung der neuen Schifffahrtspolitik Portugals die englische Schifffahrt härter als die deutsche trafe. Wenn sich auch nicht sagen ließe, daß das Gerücht der deutschen Kapitalhilfe voll-

erwiesen sei, so läge hier doch zweifellos ein Fall vor, der dringend der Aufklärung bedürfte.

Die Ausführungen des Blattes sind bezeichnend für die noch immer von einem großen Teil der englischen Presse geübte Taktik, jede Benachteiligung britischer Wirtschaftsinteressen auf deutsche Einflüsse zurückzuführen, auch wenn sich für die Richtigkeit solcher Schlußfolgerung nichts anderes als unbeweisbare und unbestätigte Gerüchte anführen läßt. A. K.

Vereinigte Staaten

Staatshilfe für amerikanische Privatreederei, die Regierungsschiffe kauften. Gegen Ende des vorigen Jahres hatten sich 42 amerikanische Reedereien, die zur Zeit der Hochkonjunktur Regierungsschiffe für den damaligen Preis von 150—200 \$ je t dw, also für etwa das Vierfache des gegenwärtigen Weltmarktpreises, erworben hatten, mit der Bitte um Revision ihrer Kaufkontrakte und um nachträgliche Herabsetzung der Kaufpreise an das Schifffahrtsamt gewandt. Wie jetzt der Chairman des Schifffahrtsamtes bekanntgibt, soll diesem Ersuchen entsprochen werden. Die Herabsetzung der Kaufpreise soll dadurch erfolgen, daß die Reedereien weitere Regierungsschiffe erwerben, die ihnen zu so niedrigen Preisen angerechnet werden, daß sich dann für die gesamte Tonnage ein Durchschnittspreis ergibt, der etwa den heutigen Herstellungskosten (ca. 75 \$ je t dw) entsprechen würde. Unter den Gesellschaften, denen das Schifffahrtsamt mit diesem Entgegenkommen zu helfen gedenkt, befinden sich: United American Lines, American Ship & Commerce Corporation, Atlantic Fruit Co., Pacific Mail Steamship Co., Green Star Line, Polish-American Navigation Co., Munson Steamship Line u. a. m. A. K.

Die italienische Einwanderung in die Vereinigten Staaten bis 1. Juli d. J. geschlossen. Zu den 16 Nationen, die bisher ihre Einwanderungs-Höchstquote erreicht haben und für die Dauer des laufenden Fiskaljahres von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausgeschlossen sind, hat sich Anfang Februar als 17. die italienische gesellt. Aus den Mittelmeergebieten werden jetzt nur noch Österreicher in größerer Zahl aufgenommen.

Nach Maßgabe des bisherigen Umfanges der Einwanderung unter dem neuen Immigration Law nimmt man an, daß die Gesamtzahl der bis 1. 7. d. J. zuwandernden Immigranten kaum 25 000 übersteigen wird.

Die deutsche Einwanderung ist bisher am weitesten hinter ihrer Höchstquote zurück. Es können bis Ende des Fiskaljahres noch ca. 56 000 deutsche Immigranten zugelassen werden. A. K.

Brasilien

Lloyd Brasileiro kürzt die Passagieraten in der Fahrt New-York-Brasilien. Einer Mitteilung des „New York Journal of Commerce“ zufolge hat der Lloyd Brasileiro die Raten von New York nach Pernambuco, Bahia und Rio de Janeiro in der ersten Klasse, die bisher 260, 290 und 340 \$ betrugen, auf 220 \$ heruntergesetzt. Die Rate nach Santos wurde auf 230 \$ ermäßigt. In der dritten Klasse wurde der Preis von 70 auf 50 \$ gekürzt.

In dem vierzehntäglichen Dienst auf dieser Route laufen jetzt vier frühere deutsche Dampfer, als deren größter die Caxias ex Bahia Laura genannt wird. A. K.

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913		Durchschn.- Preis Monat Ja var.	Februar-Notierungen				
			Notierung	Preis in M. Freidenksparität		22. 2.	23. 2.	24. 2.	25. 2.	27. 2.
Kolonialwaren										
Kaffee	Hamburg	Santos M. je 1/2 kg	0,26	je kg	27,25	—	—	37—38	—	—
	New York	Rio Nr. 7 loko cts je lb	9,—	0,80	0,12	—	9,93	8,93	8,93	8,93
Tee	London	Ceylon, Souch. s je lb	—/81/2	1,51	1/81/2	—	—	1/2	—	—
Kakao	Hamburg	Accra s je cwt	M. 60,—	—	43/—	47/—	46/6—47/	46/0	—	46/—48/
Zucker	New York	ab Freihafen M. je kg	0,89	—	11,15	11,10—12,50	11,—12,—	11,—12,—	11,—12,50	12,20 12,80
	Hamburg	Centrifugals cts je lb	3,12	0,28	3,59	—	3,86	3,70	3,70	3,70
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	0,25	—	11,75	15,25	14,10 14,50	14,15	14,20	15,—
	London	Rangoon Nr. 2 s je cwt	7—71/2	0,15	14/—	—	—	11/3	—	—
Getreide										
Weizen	Hamburg	loko M. je 50 kg	ca. 20,50	je 100 kg	3,99	565—575	550—560	545—555	538—502	585—595
	Buenos Aires	fob S je 100 kg	8,10	32,81	11,421/2	14,15	—	14,—	—	—
	New York	Hardwinter cts je bush.	1001/2	15	124,25	—	151,50	151,25	154,—	155,37
	Chicago	Julii cts je bush.	681/2	10,9	101,18	—	124,75	124,62	125,87	125,—
Mais	Hamburg	La Plata M. je 100 kg	ca. 7,50	—	334	—	—	435,—	—	—
	New York	cts je bush. loko	—	—	63,25	—	74,50	75,—	77,50	72,50
	Chicago	Julii cts je bush.	681/2	10,9	54,06	—	67,12	68,12	70,75	70,25
Hafer	Buenos Aires	fob S je 100 kg	5,15	20,85	7,50	8,30	—	8,25	—	—
	Berlin	Märkischer M. je 50 kg	16,20	—	294	380 390	377—382	375—380	380—386	395 405
	Chicago	Mai cts je bush.	388/8	16,64	38,37	—	42,—	41,75	43,—	42,87
	Buenos Aires	fob S je 47 kg	5,55	17,82	8,32	9,40	—	9,20	—	—
Roggen	Berlin	loko M. je 50 kg	8,25	—	316	425—435	420—425	416—420	422—428	432—438
	Chicago	Julii cts je bush.	70	11,1	78	—	98,—	98,—	98,75	99,75
Gerste	Hamburg	Sommer-Gerste M. je 50 kg	8,50	—	352	420—430	408—415	408—415	412—420	425 440
	"	Marokko, Tunis M. je 50 kg	—	—	347	—	430—440	420—435	430—435	455
Öle, Oelfrüchte										
Baumwollsaatöl	New York	loko cts je lb	—	je 1000kg	8,67	—	10,55	10,70	11,10	11,15
Palmkernöl	Hamburg	M. je kg netto	—	—	31,75	34,50	34,50	35,—	35,—	34,75
Kokosöl	"	"	—	—	34,—	37,—	38,50	38,—	38,—	37,—
Kopra	London	Ceylon cif £ je ton	32,26	644,6	25,15	—	—	26,—	—	—
Leinöl	Hamburg	M. je kg	—	—	28,—	36,50	36,50	36,—37,—	37,—	37,50
	Hull	£ je ton	25	501,75	29,15	36,—	351/4	35,—	341/4	341/4
Raps	Berlin	M. je 50 kg	—	—	655,—	880—890	860—875	850—860	850—860	860—870
Fleisch, Fette										
Speck	Chicago	niedr. u. höchst. cts je lb	—	—	8,62	—	11,—12,75	11,—11,75	11,—11,75	11,—12,—
Schweinefl.	"	Febr je lb	—	—	16,45	—	—	25,55	20,60	21,—
Schmalz	Hamburg	steam lard S je 100 kg	20,20	188,4	251/4	31,—	31,—	311/2	311/4	311/4
	"	v. zollt. M. je kg	—	—	54	74,—	72,—	78,—	75,—	75,—
	New York	Febr cts je lb	—	—	10,31	—	12,571/2	12,571/2	12,70	12,921/2
	Chicago	cts je lb	—	—	9,32	—	11,60	11,65	11,721/2	11,921/2
Talg	Hamburg	M. je kg	10,67	99,50	33,50	38,—	39,—	40	40	38 42
	New York	loko cts je lb	6,88	64,20	6,37	—	6,75	6,72	6,75	6,75
Butter	Berlin	beste je 1/2 kg	1,28	—	43,—	45,—	—	—	42,—	—
Faserstoffe										
Baumwolle	Bremen	loko Anf./Schluß M. je kg	1,29	je kg	84,60	93,50	93,40—95,40	94,70—95,40	96,40	99,90 101,10
	New York	Middl. cts je lb	12,00	1,12	17,60	—	18,55	18,50	18,80	18,75
	New Orleans	loko cts je lb	—	—	16,12	—	17,13	17,13	17,13	17,25
	Liverpool	amerik. good Middl. d je lb	6,68	1,18	—/10,04	—/10,13	—/9,70	—/10,30	—	—/10,21
	"	Ägypt. d je lb	9,63	1,71	—/17,02	—/16,45	—/16,55	—/16,50	—	—
Wolle	Bremen	Cap gewaschen M. je kg	4,10	—	195,—	230,—	250	—	260	290
	London	Austral Merino s je lb	2/111/2	4,72	—	—/34,—	—/34,—	—	—	—/34
	"	First marks £ je ton	35,10	712,48	27,—	24,—	—	—	—	—
Seide	Deutschland	Roh. Org. 20/22 M. je kg Richtpr.	42	(1000kg)	—	—	6100,—	—	—	—
Hanf	London	Manila £ je ton	26,15	536,87	39	38,10	—	38,10	—	—
Kautschuk, Terpentin										
Kautschuk	London	Crepe s je lb	3/111/2	6,98	—/10	—/81/4	—/77/8	—/77/8	—/8	—
	"	Sheets s je lb	2/8	5,1	—/10	—/81/4	—/77/8	—/77/8	—/8	—
	"	Para s je lb	—	—	—	—/111/4	—/111/4	—/111/4	—	—
Terpentin	New York	cts je winch. gall.	45,75	0,40 (l)	88,50	—	91,—	90,—	89,50	88,—
	Savannah	"	—	—	81,62	—	85,50	85,50	85,50	84,—
Schellack	Hamburg	Orange M. je kg	—	—	300	360,—	360,—	360,—	—	—
	London	s je cwt.	84—85	1,69	325	—	—	—	—	—
Mineralische Erzeugnisse, Metalle										
Salpeter	London	fob Chile s je quintal	10/9	je 1000kg	10/4	—	10/4	—	—	—
Petroleum	New York	loko cts je Gallone	—	238	18,—	—	17,50	17,50	17,50	17,50
	"	Tanks	—	—	8,—	—	7,—	7,—	7,—	7,—
	"	stand white	—	—	14,—	—	13,—	13,—	13,—	13,—
	"	Cred Balances	—	—	3,40	—	3,25	3,25	3,25	3,25
Kupfer	Hamburg	M. je 100 kg	130	—	57,60	5925—5975	5900—6000	5950—6025	—	6150 6250
	London	Stand. Kasse £ je ton	651/8	1306,9	64,15	581/8	57 1/8	58,—	—	591/4
	New York	Elektro cts je lb	15	1320	13,75	—	13,—	12,87	—	12,87
blei	Hamburg	M. je 100 kg	34—35	—	2050	1925—2000	1925—1975	1975—2025	—	2050—2100
	London	Kasse £ je ton	181/4	366,20	23,10	19,62	201/8	201/8	—	203/8
Zink	New York	loko cts je lb	4,15	365,20	4,75	—	4,75	4,75	—	4,75
	Hamburg	Roh M. je 100 kg	46,—	—	2125	2275—2325	2225—2275	2250 2300	—	2375 2400
	London	£ je ton	211/2	431,5	26,—	24,—	241/8—247/8	241/8	—	241/8
Eisen	New York	loko cts je lb	5,32	0,21	4,741/2	—	4,52	4,52	4,52	4,52
	Hamburg	loko cts je lb	—	—	—	—	18,75	18,75	18,75	18,75
Zinn	London	Banca. Straits M. je 100 kg	427,40	01,8	13400	13400—13900	13450—13750	13800—14150	—	14100—14200
	New York	Straits Kasse £ je ton	1691/2	34,—	162	140,25	1391/4	1441/4	—	146,—
Nickel	Berlin/Hamburg	loko cts je lb	—	—	31,99	—	29,75	29,87	29,87	30,87
Silber	Berlin	98/99 loko M. je 100 kg	320—330	—	12700	13800—14000	13810—14000	14000—14100	—	14800—15200
	London	900 fein M. je kg	81,53	je g —	3685	3850—3875	3900—3950	3975—4000	—	4075—4125
	New York	d je oz	2691/8	0,069	35	33,12	33,—	325/8	321/8	321/8
	"	ausländisch cts je oz	571/2	2,30	65,50	64,62	64,62	63,50	63,50	63,75
	"	inländisch	83	3,32	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62
Gold	Berlin/Hamburg	M. je kg	2790	—	130500	—	—	—	—	—
	London	s je oz	84/10	2,791	97,61/2	93/10	—	131—133000	—	—
Platin	Berlin/Hamburg	M. je g	—	—	550	—	—	520—540	—	—

Handelspolitische Rundschau

(Die Quellen können beim Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg 36, Rotenbaumchaussee 5, werktäglich von 9-4 Uhr eingesehen werden. Abschriften gegen Erstattung der Unkosten)

Europa

Deutsches Reich. Die Zollsätze für Rundholz (Tarif Nr. 74) sind herabgesetzt („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 19. 2.).

Das Ausfuhrverbot für verschiedene Waren (u. a. Attrappen, Scherzartikel, Masken, verschiedene Metallgespinnste, Einzelteile zu Motorwagen und Motorfahrrädern) wurde aufgehoben („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 19. 2.).

Die Einfuhr einer Reihe von Lebens-, Futter- und Düngemitteln (darunter Obst, Zucker, Teigwaren) unterliegt seit dem 20. 2. nicht mehr der Genehmigung. (Näheres vgl. „D. Reichsanz.“ 14. 2.)

Der Goldzuschlag auf Zölle ist mit Wirkung vom 1. 3. von 3900 % auf 4400 % erhöht („D. Allg. Ztg.“ 18. 2.).

Das Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. 2. ist in Nr. 42 des „D. Reichsanzeigers“ vom 18. 2. veröffentlicht.

Die internationale Elbe-Kommission hat die neue Elbe-akte am 23. 2. abgeschlossen. Die Unterzeichnung soll erfolgen, sobald das Vertragsinstrument fertiggestellt ist. Die wichtigsten materiellen Bestimmungen der Akte sind: Freiheit der Schifffahrt und Gleichberechtigung aller Nationen in der Elbeschifffahrt. Für den Transitverkehr: Freiheit von Abgaben, Beschränkung der Zollförmlichkeiten auf ein Mindestmaß. Unterhaltung der Fahrrinne und Häfen durch die Uferstaaten. Die alten Elbezollgerichte bleiben bestehen. — Der Generalsekretär der Kommission, der für die ersten zehn Jahre ein Deutscher sein wird, nimmt seinen Sitz in Dresden („D. Allg. Ztg.“ 26. 2.).

Vgl. auch Belgien, Großbritannien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Spanien.

Belgien. Die Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Zölle auf Waren aus Ländern mit entwerteter Valuta vorgelegt. Die Festsetzung der Sätze soll nach dem Entwurf dem Ermessen der Regierung überlassen bleiben („Manch. Guard. Comm.“ 23. 2.).

Der „Bund zum Schutze der belgischen Industrie“ ersuchte die Regierung um gesetzliche Schaffung einer nationalen Fabrikmarke.

Für die Dauer der Reparationslieferungen ist die Einfuhr von deutschen Kohlen, Farbstoffen, landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Erzeugnissen deutscher Herkunft, die sonst für Zwecke der Reparation bestimmt sind, im freien Handel verboten („Moniteur“ 1. 1. und „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 14. 2.).

Bulgarien. Von den Vereinigten Staaten von Amerika wurde der Regierung der Entwurf eines Separatfriedens unterbreitet („D. Allg. Ztg.“ 13. 2.).

Vgl. auch Austral. Staatenbund („W.-D.“ S. 170).

Dänemark. Das Ausfuhrverbot für Silberbarren und Hefe ist aufgehoben, die Ausfuhr antiker Münzen freigegeben („Hbg. Fremdbl.“ 25. 2.).

Danzig. Neue Verhandlungen mit Polen über die Durchführung der Zollunion, die das wirtschaftliche Leben Danzigs völlig lahmzulegen droht, wurden am 22. 2. in Warschau begonnen, aber kurz darauf abgebrochen („D. Allg. Ztg.“ 18. 2., 24. 2. und 26. 2.).

Spanien richtete ein Vizekonsulat ein („D. Allg. Ztg.“ 21. 2.).

Die „Nippon Yusen Kaisha“ eröffnet einen neuen Schifffahrtssdienst zwischen Japan und Danzig („Temps“ 21. 2.).

Estland. Einzelheiten über den mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrag (vgl. „W.-D.“ S. 98) bringt der „Revaler Bote“ vom 18. 2.

Die Dorpater Bank, an der die „British Overseas Bank“ beteiligt ist, eröffnete am 1. 2. eine Filiale in Reval („Times“ 22. 2.).

Vgl. auch Rußland.

Finnland. Die Einfuhr verschiedener Sämereien wurde verboten. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 18. 2.)

Vgl. auch Rußland.

Frankreich. Die Zollkommission des Senats prüft die Frage der Einführung von Goldzöllen („Manch. Guard. Comm.“ 23. 2.).

Die Behandlung fremdländischer Banken soll nach dem Gegenseitigkeitsprinzip gesetzlich geregelt werden. Wenn z. B. französische Banken in den Vereinigten Staaten keine Depositen annehmen dürfen, soll auch amerikanischen Banken in Frankreich die Annahme von Depositen untersagt sein („Manch. Guard. Comm.“ 23. 2.).

Vgl. auch Estland, Österreich, Spanien.

Großbritannien. Deutsche Waren, die nach Großbritannien importiert werden, um nach erfolgter Weiterverarbeitung wieder exportiert zu werden, unterliegen den Bestimmungen der German Reparation (Recovery) Act. 1921 nicht, wenn sie direkt an den Weiterverarbeiter geschickt werden, wenn sie weder in englisches Eigentum übergehen noch in Deutschland bezahlt werden und wenn der englische Fabrikant die Garantie leistet, daß die Wiederausfuhr innerhalb eines Monats nach beendeter Weiterverarbeitung erfolgt („Times“ 22. 2. Wortlaut d. Repar.-Akte, vgl. „Der Außenhandel“ 10. 4. 20.).

Die Cinematograph Exhibitors' Association hat den Boykott deutscher Filme aufgehoben („Times“ 22. 2.).

Vgl. auch Estland.

Island. Um die Erhöhung des spanischen Einfuhrzolls auf isländischen Klipffisch abzuwenden, hat die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf über Abänderung des Alkoholverbots vorgelegt. Weine mit bis zu 21 % Alkohol sollen eingeführt werden dürfen („Hbg. Fremdbl.“ 25. 2.).

Italien. Das Zollaufgeld für die zweite Februarhälfte beträgt 311 % („Frkf. Ztg.“ 22. 2.).

Die Konferenz der Nachfolgestaaten der Österr.-Ungar. Monarchie begann am 15. 2. in Rom („D. Allg. Ztg.“ 16. 2.).

Die durch Dekret vom 17. 2. 1916 begründete Zollfreiheit für Maschinen und Baumaterialien, die für neue Industriezweige oder Fabrikationsverfahren dienen, ist bis 20. 10. 22 verlängert („Manch. Guard. Comm.“ 16. 2.).

Ein Verzeichnis der Waren, deren Einfuhr oder Ausfuhr gegenwärtig verboten oder genehmigungspflichtig ist, veröffentlicht das französische „Journal Officiel“ vom 12. 2. S. 1817 ff.

Die Zuckersteuer beträgt seit 1. 2. für besten Zucker 245 Lire, für geringere Sorten 240 Lire je 100 kg. Der gleiche Satz ruht neben dem Zoll auf importiertem Zucker („B. of Tr. J.“ 22. 2.).

Vgl. auch Jugoslawien, Österreich.

Jugoslawien. Der Handelsvertrag mit Deutschland ist trotz der einstimmigen Annahme durch die Skupschtina noch nicht in Kraft getreten. Fremde Einflüsse sollen dahin wir-

ken, die Herstellung der Handelsbeziehungen mit Deutschland hinauszuschieben („Frankf. Ztg.“ 25. 2.).

Die von Deutschland auf Reparationskonto zu liefernden Güter sollen zollfrei eingehen („Frankf. Ztg.“ 17. 2.).

Über die Frage der dritten Zone in Dalmatien ist nach einer „Wolff“-Meldung mit Italien ein Einvernehmen erzielt worden; die Handelsvertragsverhandlungen werden nunmehr in Belgrad wieder fortgesetzt werden („Hbg. Fremdbl.“ 20. 2.).

Der amerikanischen Standard Oil Co. ist die Einfuhr von Petroleum gestattet worden („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 17. 2.).

Vgl. auch Italien, Österreich.

Lettland. Die deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen, deren Abschluß der „Rigaschen Rundschau“ vom 23. 2. bereits als unmittelbar bevorstehend gemeldet war, sind ins Stocken geraten („D. Allg. Ztg.“ 25. 2. u. 26. 2.).

Litauen. Für Längenmaße und Gewichte wurde das Dezimalsystem eingeführt („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 18. 2.).

Die deutsch-litauische Wirtschaftskonferenz beginnt am 27. 2. in Kowno.

Norwegen. Die Einfuhr von Luftgewehren ist durch Verordnung vom 10. 2. verboten („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 25. 2.).

Die Zolltarifkommission ist auf Veranlassung des Storthings aufgefordert worden, einen neuen Zolltarif auszuarbeiten („Fin. News“ 17. 2.).

Das Zuckermopol wird am 15. 4. aufgehoben. Einfuhrerlaubnis wird nur erteilt unter der Bedingung, daß der Zucker vor diesem Datum nicht auf den norwegischen Markt kommt („B. of Tr. J.“ 23. 2.).

Mit Spanien sind erneut Handelsvertragsverhandlungen im Gange. Norwegen ist zu Entgegenkommen hinsichtlich der Einfuhr spanischer Früchte und Weine bereit, wenn Spanien einen niedrigen Zollsatz für norwegischen Klippfisch gewährt („Fin. News“ 17. 2. und „Hbg. Fremdbl.“ 18. 2.).

Oesterreich. Durch Verordnung vom 25. 1. ist für die nicht unter die Goldzollpflicht fallenden Waren im Falle der Zollzahlung in Papier der 500fache Betrag der nominellen Zollgeldschuld festgesetzt worden („Hbg. Fremdbl.“ 16. 2.). Die Goldzollparität ist für die Zeit vom 26. 2. bis 4. 3. auf 1270 K bestimmt („D. Allg. Ztg.“ 25. 2.).

Der von Frankreich eingeräumte Kredit beträgt nach Abzug von Vorschüssen 1 Mill. £, der italienische 70 Mill. Lire („D. Allg. Ztg.“ 16. 2. und „Frkf. Ztg.“ 22. 2.).

Die in Belgrad stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien schreiten günstig fort („Frkf. Ztg.“ 18. 2.).

Polen. Die Regierung hat dem Sejm einen Gesetzentwurf über die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr zugehen lassen. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 22. 2.).

Die Liste der Waren, deren Ausfuhr verboten ist, soll reduziert werden, hingegen sind Ausfuhrabgaben geplant. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 22. 2.). Der Eierexport wird voraussichtlich auf 500 Waggons für das erste Halbjahr 1922 kontingentiert werden unter Einführung von Ausfuhrabgaben. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 24. 2.).

Über die Regelung der Warendurchfuhr ist von der Regierung eine Verordnung erlassen. (Wortlaut vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 21. 2.).

Durch eine am 6. 2. in Kraft getretene Verordnung ist der Handelsverkehr mit Sowjetrußland geregelt. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 17. 2.). — Über einen polnisch-russisch-ukrainischen Handelsvertrag sind in Warschau mit dem russisch-ukrainischen Delegierten Choumsky Verhandlungen eröffnet worden („Temps“ 12. 2.).

Die polnische Regierung hat ihren Beitritt zur internationalen Konvention über den Schutz des Industrieigentums vom 20. 3. 1883 erklärt („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 17. 2.).

Vgl. auch Danzig, Italien.

Portugal. Die Ausfuhr von unbearbeitetem Kork wurde verboten („Manch. Guard. Comm.“ 23. 2.).

Durch Dekrete vom 27. 1. und 4. 2. wurden nachstehende Zollsätze neu festgesetzt: Automatische Roste (grelhas) 0,5 cts je kg, Holzhäuser, komplett, nicht zusammengesetzt, 0,3 cts je kg, Dreiräder mit Karosserie 80 Escudos je Stück.

Mit der Tschecho-Slowakei sollen demnächst Handelsvertragsverhandlungen beginnen („Times Tr. Suppl.“ 18. 2.).

Rumänien. Die Getreideaufuhr wurde verboten („D. Allg. Ztg.“ 15. 2.). Für Ölkuchen werden Ausfuhrbewilligungen erteilt, wenn vorher 20 v. H. der angesuchten Menge der Zentralvereinigung der Ackerbausyndikate zur Verfügung gestellt wurden („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 24. 2.). Der Ausfuhrzoll für frisches oder konserviertes Fleisch beträgt jetzt 500 Lei, für Erdkohle (Lignit oder Glanzkohle) 100 Lei, für aus Korbruten gearbeitete Gegenstände wie Körbe usw. 100 Lei je Waggon, für Resonanzholz 150 Lei je Quadratmeter („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 23. 2.).

Vgl. auch Italien.

Rußland. Für Waren, die aus Westeuropa importiert werden, ist am 15. 2. ein neuer Zolltarif in Kraft getreten. Die wichtigsten Bedarfsartikel sowie Lebensmittel und landwirtschaftliche Maschinen sind zollfrei. Mit hohen Zöllen sind Lederwaren, Textilien, Wolle, Baumwolle, Galanterie- und Luxuswaren belegt, mit geringen Zöllen Produktionsmittel („D. Allg. Ztg.“ 19. 2. u. 21. 2.).

In Charkow wurde am 8. 2. eine „Zentrale ukrainischer Handelsbörsen“ eröffnet.

Die Russische Staatsbank errichtete in Neubuchara eine Zweigstelle („D. Allg. Ztg.“ 21. 2.).

Ein Agent der Sowjetregierung schloß mit estnischen Firmen Lieferungsverträge über je 300 000 Pud Hafer- und Gerstensaat und Roggen ab („Fin. News“ 16. 2.).

Das Handelsabkommen mit Schweden soll nach Mitteilung der „Alfaersvaerlden“ Rußland verpflichten, schwedische Waren im Wert von 400 Mill. Kr zu kaufen. Dieser Betrag werde durch ein Golddepot von 65 % und eine Staatsgarantie von 15 % gesichert werden, während die übrigen 20 % von sechs schwedischen Banken garantiert werden sollen. Die Vereinbarung soll aber erst in Kraft treten, wenn von Rußland 95 Mill. Kr in Schweden deponiert sind („Hbg. Fremdbl.“ 18. 2.).

Das American Relief Committee fragte bei der finnischen Regierung an, ob die Möglichkeit bestehe, monatlich 25 000 t Lebensmittel über finnische Häfen nach Sowjetrußland zu transportieren („Manch. Guard. Comm.“ 23. 2.).

Vgl. auch Polen.

Schweden vgl. Rußland.

Schweiz. Die Einfuhr von kaustischer Soda (Ätznatron [Tarif Nr. 1000], Natronlauge [Tarif Nr. 1001]) ist seit 15. 2. freigegeben. Das Einfuhrverbot für kalzinierte und kristallisierte Soda (Nr. 1039 und 1040) bleibt in Kraft („Frkf. Ztg.“ 25. 2.).

Der Tarazuschlag für Seidenbänder, Steingut, Porzellan-, Glas- und Töpferwaren wurde provisorisch ermäßigt. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 22. 2.).

Die Ausfuhr sämtlicher Waren mit Ausnahme von frischer Milch, Hartkäse, Alt- und Brucheseisen, Abfällen der Eisenbearbeitung, unbearbeitetem Gold, Silber und Pla-

tin sowie gemünztem Gold ist ab 1. 2. freigegeben („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 23. 2.).

Die Raten des „Generalzolltariffs“ vom 10. 10. 02 wurden erhöht. (Dieser revidierte Tarif wird nur auf Grund eines speziellen Dekrets auf Waren solcher Länder in Anwendung gebracht, die schweizerische Erzeugnisse besonders ungünstig behandeln.) („B. of Tr. J.“ 23. 2.).

Spanien. Mit Wirkung ab 21. 2. beschloß der Ministerrat die Aufhebung des Valutazuschlags für die Länder, denen der Genuß der zweiten Kolumne des Zolltarifs zukommt („Hbg. Fremdbl.“ 21. 2.). Die deutsche Einfuhr genießt bis zum Ablauf des gekündigten deutsch-spanischen Handelsabkommens (22. 12. 22) die Sätze des Minimaltarifs („Frkf. Ztg.“ 25. 2.).

Deutschland und Frankreich haben formellen Protest gegen den neuen Zolltarif eingelegt („Times Trade Suppl.“ 25. 2.).

Zur Kontrolle der Ausfuhr von Kunstgegenständen, die nur noch über bestimmte Häfen erfolgen darf, wurde eine besondere Kommission geschaffen („Temps“ 22. 2.).

Vgl. auch Danzig, Island, Norwegen.

Tschecho-Slowakei vgl. Italien, Portugal.

Türkei. Der Einfuhrzoll auf Motorfuhrwerke für den öffentlichen Verkehr ist aufgehoben („Manch. Guard. Comm.“ 16. 2.).

Ungarn. Das Einfuhrverbot für Zucker wird Ende Juni außer Kraft treten („Frkf. Ztg.“ 17. 2.).

Die Zollaufschlagslisten A, B und C, die die Waren enthalten, auf welche ein Zollaufschlag von 1100 v. H. bzw. 3900 v. H. bzw. 7900 v. H. zu entrichten ist (Verordnung vom 2. 1. 22) werden in der „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ Nr. 45 v. 23. 2. und den folgenden Nummern veröffentlicht.

Vgl. auch Italien.

Messen und Ausstellungen 1922

London 27. Februar bis 10. März

Messe der britischen Industrien. Adresse: „Department of Overseas Trade“, 35, Old Queen Street, London, S. W. 1.

Birmingham 27. Februar bis 10. März

Messe der britischen Industrien. Adresse: „The Chamber of Commerce“, 95, New Street, Birmingham.

Utrecht 27. Februar bis 10. März

Internationale Messe. Adresse: Hauptsekretariat, Vredenburg, Utrecht (Holland).

Lyon 1. bis 15. März

Frühjahrsmesse. Adresse: Rathaus, Lyon oder Paris, 14, avenue de l'Opéra.

London 1. bis 25. März

Modellausstellung. Adresse: Ideal Home Exhibition, 130, Fleet Street, London, E. C. 4.

Leipzig 5. bis 14. März

Mustermesse. Adresse: Alte Wage, Leipzig.

Leipzig 5. bis 14. März

Technische und Baumesse. Adresse: Meßamt für die Mustermesse, Katharinenstr. 1, Leipzig.

Manchester 7. bis 16. März

Gewürz- und ähnliche Handelsartikelausstellung. Adresse: Provincial Exhibitions Ltd., 60, Corn Exchange, Fennel Street, Manchester.

Posen 10. bis 22. März

Mustermesse. Adresse: Rathaus, Posen (Polen).

Tokio 10. März bis 31. Juli

Internationale Ausstellung. Adresse: M. M. Buckney & Co., 40, Westminster Palace Gardens, Victoria Street, London, S. W. 1.

Prag 12. bis 19. März

4. Internationale Frühjahrsmustermesse. Adresse: Staromestska radnice, Prag, I.

Stuttgart 14. bis 20. März

6. Jugosi-Edelmesse.

Barcelona 15. bis 25. März

Internationale Mustermesse. Adresse: Plaza Antonio Lopez, 15, Barcelona.

Breslau 19. bis 23. März

Frühjahrsmesse.

Wien 19. bis 25. März

2. Internationale Frühjahrsmesse. Adresse: Meßamt, Wien.

Hamburg 21. bis 24. März

Hotel- und Gastwirtsmesse.

London 28. März bis 7. April

3. Kleiderausstellung. Adresse: The International Trades Exhibition Ltd., Broad Street House, New Broad Street, London, E. C. 2.

Genf 31. März bis 9. April

Ausstellung französischer Nahrungsmittel. Adresse: M. Gabriel Wernle, Case Justerie 18926, Genf.

Singapore 31. März bis 9. April

Industrial Fair.

Essen 31. März bis 30. April

Fachausstellung für Wasserbau und Binnenschifffahrt. Adresse: Südwestdeutscher Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar e. V., Stuttgart.

Genf Ende März

Lebensmittelausstellung.

Catania März

Mustermesse. Adresse: Catania, Piazza Coppola 2.

Bradford März und April

Kunstgewerbliche Ausstellung. Adresse: Bradford Corporation Art Gallery, Cartwright Memorial Hall, Bradford (England).

Frankfurt a/M. 2. bis 8. April

Frühjahrsmesse. Adresse: Meßamt, Rathaus, Frankfurt a/Main.

Brüssel 3. bis 19. April

3. Handelsmesse. Adresse: 19, Grand Place, Brüssel.

Turin 8. April bis 21. Mai

Internationale Musterausstellung für moderne Baukunst. Adresse: Deutsches Konsulat, Turin.

London 11. bis 27. April

Building Trades Exhibition intre.

Mailand 12. bis 27. April

3. Internationale Mustermesse. Adresse: Via Aguello 12, Mailand.

Algier 14. April bis 16. Mai

Messe und Ausstellung. Adresse: M. C. Granier, 4, rue Maréchal Bosquet, Algier.

Mexiko 16. April

Internationale Automobilausstellung.

Basel 22. April bis 2. Mai

6. Schweizer Mustermesse. Adresse: Gerbergasse 30, Basel.

Christiania 22. April bis 7. Mai

Elektrizitätsausstellung. Adresse: Rathaus, Christiania (Norwegen).

London 24. April bis 5. Mai

14. Tuchwaren-, Textil- und Damenkleiderausstellung. Adresse: International Trades Exhibitions, Broad Street House, New Broad Street, London, E. C. 2.

Stockholm 30. April bis 30. Mai

Bauausstellung. Adresse: Ing. Petrus Wretblad, teknisk Konsulent a. Kungl. Kommerskollegii, Industribyra, Stockholm.

Marseille April bis November

Kolonialausstellung. Adressen: 55, rue Paradis, Marseille, und 17, rue d'Anjou, Paris.

London 1. bis 6. Mai

Photographische Ausstellung. Adresse: Photographie Fair, Sicilian House, Southampton Row, London, W. C. 1.

- Haag 1. bis 15. Mai
Automobilausstellung. Adresse: Spui 185, Haag.
- Bandoeng 6. bis 21. Mai
Niederländisch-Indische Teeausstellung.
Adresse: Buitenzorg, Java, Binnenweg 2.
- Lüttich 6. bis 21. Mai
Kolonialausstellung.
- Lausanne 6. Mai bis 25. Juni
1. nationale Ausstellung angewandter Kunst. Adresse: Place de la Cathédrale 12, Lausanne, Schweiz.
- Paris 10. bis 25. Mai
14. Pariser Messe. Adresse: 8, place de la Bourse, Paris.
- Valencia 10. bis 31. Mai
5. Mustermesse. Adresse: Apartado de Correos 182, Valencia.
- München 13. Mai bis Oktober
Deutsche Gewerbeschau. Adresse: Deutsche Gewerbeschau. Literar. Bureau.
- Breslau 22. bis 25. Mai
Technische Messe sowie Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt.
- London 24. Mai bis 1. Juni
Commercial Display.
- Barcelona 24. Mai bis 5. Juni
Internationale Automobilausstellung.
Adresse: Deutsche wirtschaftl. Vereinigung in Barcelona. Ronda Universidad 10.
- Birmingham 25. Mai bis 3. Juni
Handels- und Industrieorganisationsausstellung. Adresse: Birmingham Chamber of Commerce, 95, New Street, Birmingham. (Deutsche Beschickung angeblich aus Platzmangel nicht gestattet.)
- Birmingham 25. Mai bis 3. Juni
Kunstgewerbeausstellung. Adresse: Dieselbe wie oben.
- Quito (Ecuador) 26. Mai bis 9. Juni
Jahrhundertausstellung. Adresse: Berlin NW 40, Hindersienstr. 2.
- Paris Mai
14. Pariser Messe. Adresse: Place de la Bourse 8, Paris.
- Shanghai Mai
Roads Exhibition.
- Triest Mai
2. Internationale Mustermesse. Adresse: Rathaus, Triest.
- Cardiff Mai bis Oktober
Nationale Ausstellung. Adresse: Mount Stuart Square, Cardiff (England).
- Strasbourg Mai bis Oktober
Interalliierte Hygieneausstellung.
- Agram 3. bis 15. Juni
Mustermesse. Adresse: Agram, zagreb, Trg 29 listopada 1918 I.
- London 9. bis 23. Juni
Ausstellung von Drogerie- und Apothekewaren. Adresse: British and Colonial Pharmacist, 194-200, Bishopsgate, London, E. C. 2.
- Dresden 15. Juni bis 15. September
Jahresschau deutscher Arbeit. Deutsche Erden (Porzellan, Keramik, Glas). Adresse: Dresden-A., Lennéstr. 3.
- Birmingham 15. bis 24. Juni
Internationale Gießereiausstellung.
Adresse: Chambre of Commerce, 95, New Street, Birmingham.
- Bordeaux 15. bis 30. Juni
6. Bordeauxer Messe. Adresse: 7, rue du Maréchal Joffre, Bordeaux.
- Berlin 15. Juni bis 2. Juli
Deutsche Sportausstellung. Adresse: Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin W 35, Kurfürstenstr. 48 III.
- Bourges 24. Juni bis 2. Juli
Messe und Ausstellung. Adresse: Rathaus, Bourges (Frankreich).
- Brüssel Juni bis Oktober
Ausstellung für Mode und Bekleidungsindustrie.
- London 3. bis 14. Juli
4. London Fair and Market. Adresse: International Trades Exhibition Ltd., New Broad Street, London, E. C. 2. Näheres: Ausstellungs- und Messeamt der deutschen Industrie in Berlin NW 40, Hindersienstr. 2.
- London 24. bis 29. Juli
International Tobacco Trade Exhibition and Conference. Adresse: London W. 1, 22/24 Great Portland Street.
- Preßburg 31. Juli bis 6. August
Orientmesse.
- Buenos Aires Juli
Weltausstellung. Adresse: Deutsche Gesandtschaft, Konsulatsabteilung.
- London Juli
Internationale Arbeiterwohlfahrtsausstellung. Adresse: Crystal Palace, London.
- Riga Juli
Internationale Ausstellung und Mustermesse.
- Malmö 2. bis 8. August
Südschwedische Messe. Adresse: Malmö, Meßamt.
- Hamburg 17. bis 27. August
Überseewoche. Adresse: Geschäftsstelle Feldbrunnenstr. 7, Hamburg.
- Göteborg August
Schwedische Reichsmesse. Adresse: Göteborg, Oestra Hamngatan 28 (Meßamt).
- Groningen August
Landwirtschaftliche Ausstellung.
- Lemberg August
Ostmesse. Adresse: Lemberg, Targi Wschnodie lwow, Akademicka 17.
- Kiel 13. bis 22. September
2. Nordische Messe.
- Reichenberg (Tschecho-Slowakei) 12. bis 22. August
3. Internationale Messe. Adresse: Ausstellungs-messeamt der deutschen Industrie, Berlin NW 40, Hindersienstr. 2.
- Laibach 2. bis 11. September
Internationale Messe.
- London 6. bis 26. September
Nahrungsmittelausstellung. Adresse: International Trades Exhibition Ltd., New Broad Street, London, E. C. 2.
- Rio de Janeiro 7. September bis 15. November
Jahrhundertausstellung. Adresse: Deutsche Gesandtschaft, Konsulatsabteilung.
- Bandoeng (Niederl. Indien) 15. bis 30. September
3. niederländisch-indische Jahresmesse.
- San José (Costarica) 15. bis 30. September
Spanische Mustermesse.
- Lausanne September
Schweiz. Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsmesse. Adresse: Lausanne, 1 Place de Beaulieu.
- London September
Damenkonfektionsausstellung. Adresse: International Trades Exhibition Ltd., New Broad Street, London, E. C. 2.
- Lemberg September
Ostmesse. Adresse: Akademikastraße, Lemberg (Polen).
- Lyon 1. bis 15. Oktober
Herbstmesse. Adresse: Rathaus, Lyon oder 4, avenue de l'Opéra, Paris.
- London 2. bis 6. Oktober
Medizinische Ausstellung. Adresse: 194/200 Bishopsgate.
- Frankfurt a. M. 8. bis 14. Oktober
Herbstmesse. Adresse: Meßamt, Rathaus, Frankfurt.
- London Oktober
Mode- und Korsettausstellung. Adresse: Universal Exhibitions, Great Portland Street, London, W. 1.